:antifaschistische nachrichten Nr. 6

g 3336 21.3.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Civitas-Kongress“ in Stuttgart

STUTTGART. Im Stuttgarter Priorat der am rechten Rand des Katholizismus angesiedelten „Priesterbruderschaft St.Pius X.“ findet am 13. und 14. April der „VI.Civitas-Kongress“ unter dem Motto „Die Zivilisation des Todes. Das Naturrecht auf Leben und wir Katholiken“ statt. Das im hessischen Heusenstamm beheimatete Institut wurde in der Vergangenheit auch schon in der „Jungen Freiheit“ beworben. Eingeleitet wird der diesjährige „Civitas-Kongress“ mit einer Predigt von Pater Franz Schmidberger, dem Distriktoberer der „Priesterbruderschaft St. Pius X.“ und „geistlichem Beirat“ des Instituts. Ihm folgt Pater Michael Weigl, ebenfalls von der „Priesterbruderschaft“, der unlängst noch in dem um die „Jungen Freiheit“ angesiedelten „Institut für Staatspolitik“ aufgetreten war, mit einem Vortrag über „Das blutige Gesicht der falschen Freiheit“. Dr. Rafael Hüntelmann, Geschäftsführer des „Civitas-Instituts“, spricht darüber, warum „der deutsche Katholizismus nicht „pro life“ ist, und Walter Ramm, Vorsitzender der „Aktion Leben e.V.“, hält einen Votrag über die „fatalen Folgen“ der „Königsteiner Erklärung“ von 1968. Zum Abschluss des Tages gibt es eine Vorstellung der Initiative „1000plus“ mit Kristijan Aufiero, dem Geschäftsführer von „Die Birke e.V.“ (Heidelberg). Aufiero hatte 2009 am Stand der „Jungen Freiheit“ auf der Buchmesse gesprochen. Am Sonntag folgen Vorträge der „Lebensschützerinnen“ Eva Doppelbauer von der Redaktion des „Gloria.tv“ und der Publizistin Inge Maria Thürkauf. *hma* ■

Grabert verurteilt

TÜBINGEN. Das Amtsgericht Tübingen hat den Verleger Wigbert Grabert (*siehe AN 5-2013*) wegen „Volksverhetzung“ verurteilt. In dem 2009 in Graberts Verlag erschienenen Buch von Prof. Helmut Schröcke „Der Zweite Weltkrieg – Ursachen – Hintergründe – Kriegsschuld –

Fortsetzung Seite 2 unten

Aus dem Inhalt:

Bei Nazi-V-Leuten kennt der VS keine Grenzen 3
Aktuelles vom Front-National 8

Nazitrauermarsch blockiert – nach Dresden nun auch in Chemnitz

von Jens Thöricht und Ramona Gehring

Nach sechshundertsiebenundachtzig (687!) Metern war Schluss mit dem geplanten Trauermarsch, welche die „IG Chemnitzer Stadtgeschichte“ anlässlich der Bombardierung der Stadt Chemnitz für den 05. März 2013 angemeldet hatte. Ziemlich genau 348 Vertreter der extremen Rechten, meist junge Männer wollten ihre geschichtsrevisionistische Sicht auf die Bombardierung auf die Straße tragen. Damit kann festgehalten werden, dass deutlich hinter den Vorjahreszahlen auf Naziseite zurückgeblieben wurde. Scheinbar zeigt die erfolgreiche Blockierung der Naziaufmärsche in Dresden und Cottbus nun auch in Chemnitz ihre Wirkung bei der Mobilisierung.

„2200 Nazigegner haben heute erfolgreich den alljährlichen Trauermarsch der Nazis durch Chemnitz blockiert.“ meldet die Initiative „Kein bisschen Friede“ auf ihre Homepage.

Diese hatte zur Teilnahme an einer Demonstration des Studentenrates der TU Chemnitz aufgerufen. Etwa 700 Teilnehmende starteten gegen 17:30 Uhr bei der Mensa auf der Reichenhainer Straße. Nach der Zwischenkundgebung an der Lutherstraße entschieden sich einige Menschen vor Ort zu bleiben, da sie dort Protest in Sicht- und Hörweite äußern wollten. Der restliche Demonstrationszug zog weiter und schaffte die Besetzung der geplanten Naziroute auf der Bernsdorfer Straße mit etwa 500 Menschen.

Die Demonstration des Bündnisses „Chemnitz Nazifrei“ blockierte die Kreuzung Annenstraße Ecke Reitbahnstraße mit etwa 1500 Menschen.

Somit waren alle Routen inklusive möglicher Ausweichrouten für die Nazis blockiert. Ein deutlicher Erfolg für alle antifaschistisch eingestellte Menschen. Daher blieb den Geschichtsrevisionisten nur eine „Runde um den Block“, wie es ein Polizeibeamter sagte. Dreihundertdreiundvierzig Meter in die eine Richtung, umdrehen, zurück, abreisen.

„Zum ersten Mal ist es gemeinsam gelungen, den jährlichen Nazi-Aufmarsch in Chemnitz zu verhindern“, so Michael Leutert, MdB DIE LINKE aus Chemnitz und Sprecher der Landesgruppe Sachsen der Linksfraktion, zu der gestrigen Demonstration in Chemnitz.

Zu den Nazis:

Die Versammlungsleiter der Nazis bestimmte, dass in vierer Reihen marschiert

→

werden soll. Fackeln wurden am Rande mitgeführt, genau wie schwarze Fahnen. Die NPD Stadträtin aus Zittau (Ostsachsen) und Kandidatin zur Bundestagswahl Antje Hiekisch twitterte für die extreme Rechte an diesem Tag in Chemnitz vor Ort. Begleitet wurde sie von ihrem Mann Torsten Hiekisch, ebenfalls NPD Mitglied. Laut Antifa Lausitz fungiert er als Geschäftsführer des NPD-Kreisverbandes Görlitz / Niederschlesien-Oberlausitz.

Das Fronttransparent mit der Aufschrift „Erinnerung verpflichtet“ wurde von drei jungen Frauen und einen Mann getragen.

Die ersten drei Transparente waren mit Parolen zum 5. März beschrieben. Auf dem zweiten Transparent stand „Die Opfer waren unsere Familien“, auf dem dritten: „Wir gedenken der deutschen Opfer“.

Ein Block mit etwa 24 Mitgliedern und Sympathisanten der NPD folgte den vorangehenden mit einem Transparent[6].

Anschließend folgte jeweils ein Block der „Nationalen Sozialisten Erzgebirge“, der „Kameradschaft Leipzig-Möckern“ und der Kameradschaft Weimarer Land.

Quellen:
http://angry.blogsport.de/; Bild 1, Gehring (rg); Bild 2 Marcus Fischer (MF) www.marcusfischer.net

Folgen“ sei ein „NS-Kriegsverbrechen“ geleugnet und dadurch das Rechtsempfinden der Bürger gestört worden, so Richter Meyer-Kuschmierz. Als Verlagschef trage Grabert für die Veröffentlichung dieses „geschichtsverzerrenden“ Buches die Verantwortung. Zudem sei Grabert schon mehrfach einschlägig vorbestraft und trotzdem uneinsichtig. Grabert wurde zu 11 Monaten Haft auf drei Jahre Bewährung und 5000 Euro Geldstrafe verurteilt, wovon zwei Monate als bereits verbüßt gelten, weil sie wegen der Verfahrensverzögerung des letzten Prozesses gutgeschrieben werden mussten. Ferner werden 207 Exemplare des Buches und 34 754 € Erlös aus den bereits verkauften Büchern eingezogen. Die Zahlung der Geldstrafe muss innerhalb von sechs Monaten erfolgen, da sonst die Bewährung widerrufen wird. *hma* ■

Netzradio eingestellt

UBSTADT. Das rechtskonservative Internetradio „Radio Ungezogen“ mit Sitz in Ubstadt hat am 18. Februar seinen Betrieb eingestellt. Als Grund wird mangelndes Publikumsinteresse angegeben. Nutzer hatten den amateurhaften Ansatz und die nutzerfeindliche Gestaltung des Internetradios bemängelt, das nur einmal die Woche auf Sendung ging und Musik und Interviews brachte. So kamen dort u.a. Jan Timke, Bundesvorsitzender der „Bürger in Wut“, und Akteure der sog. „Islamkritiker“-Szene zu Wort. *hma* ■

Frey beerdigt

MÜNCHEN. Am 27.Februar wurde der langjährige Herausgeber der „National-Zeitung“ und ehemalige Bundesvorsitzende der DVU, Dr. Gerhard Frey, auf dem alten Teil des Münchener Waldfriedhofs beerdigt. „Mehr als 200“ Menschen – so die „National-Zeitung“ (11-2013) – hatten zuvor an einer Trauerfeier in der Aussegnungshalle des Friedhofs teilgenommen. Nach der Eröffnung der Feier durch einen Pfarrer sprachen dort Gerhard Frey junior und Bruno Wetzel, ehemals stellvertretender Bundesvorsitzender der DVU. Freys Sohn Gerhard hatte bereits vor einiger Zeit faktisch die Leitung der „National-Zeitung“ übernommen. *hma* ■

Untergetauchte Nazis sind tickende Zeitbomben

„Das tatsächliche Ausmaß der Gefährdung durch untergetauchte Nazis ist offenbar weitaus größer, als es die Bundesregierung bisher eingestanden hat. Die Zahl der mit Haftbefehl gesuchten Neonazis ist mit 266 Personen mehr als doppelt so hoch wie die noch zur Jahresmitte 2012 von der Bundesregierung angegeben 110 Gesuchten“, so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Jelpke weiter:

„49 Haftbefehle wurden aufgrund von Gewalttaten ausgestellt, hier liegt also eine besondere Gefährdung vor. Von insgesamt 91 auch dem Verfassungsschutz bekannten abgetauchten Nazis werden zudem 28 als grundsätzlich gewaltbereit eingestuft, ihnen wird eine erhöhte Gewaltbereitschaft attestiert. Wer sich vor Augen führt, wie das Nazi-Terror-Trio Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe über viele Jahre verharmlost und die Gefahr eines Rechtsterrorismus kleingeredet wurde, den werden diese Zahlen beunruhigen. Niemand kann sagen, welche tickenden Bomben sich dahinter verbergen.“

Die Anfrage und Antwort sind auf www.ulla-jelpke.de einzusehen ■

NPD-Antrag war billiger Trick

„Gut, dass den Nazis ein Dämpfer verpasst wurde“, kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur NPD. Deren Antrag, ihre Verfassungsmäßigkeit feststellen, wurde zurückgewiesen. Jelpke weiter:

„Die NPD wollte das Bundesverfassungsgericht aufs Glatteis führen. Dafür sollte sie eigentlich eine Missbrauchsgebühr zahlen.

Bei dem Antrag der NPD handelte es sich um einen billigen Trick, auf den die Verfassungsrichter erwartungsgemäß nicht hereingefallen sind. Dennoch steigt mit der heutigen Entscheidung der Druck auf Bundesregierung und auch Bundestag, endlich Klartext zu reden, ob sie den Verbotsantrag des Bundesrats mittragen oder nicht. Vor allem das Bundesinnenministerium muss die Materialsammlung gegen die NPD schleunigst nachbessern und auf den aktuellen Stand bringen. Bislang ist beispielsweise die Zusammenarbeit der NPD mit gewalttätigen Nazikameradschaften noch viel zu wenig ausgeleuchtet.“

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. ■

Schulhof-CD indiziert

Wie Zeit online meldet, droht der NPD erneut juristischer Ärger. Die neuste Version ihrer sogenannten „Schulhof-CD“ wurde von der Bundesprüfstelle indiziert. Die CD darf somit nicht mehr öffentlich beworben oder an Jugendliche unter 18 Jahren verteilt werden. Gleich sechs der 15 Lieder stehen wegen rassistischer Parolen und Gewaltverherrlichung auf dem Index. Auf den nach eigenen Angaben 40 000 gepressten CDs wird die NPD jetzt sitzen bleiben. Durch die Indizierung droht den Rechtsextremisten eine Anzeige wegen Verstoß gegen das Jugendschutzgesetz.

Viel Mühe einer Indizierung zu entgehen hatten sich die Rechtsextremisten offensichtlich nicht gemacht. Eines der Lieder auf der CD war bereits 1994 indiziert worden.

Quelle: Zeit online, 8.3.13 ■

→

Bei Nazi-V-Leuten kennt der Verfassungsschutz keine Grenzen

Nach knapp einem Jahr NSU-Untersuchungsausschuss sollte man meinen, dass einen wenig überraschen kann, was die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes und den Umgang des Geheimdienstes mit Nazispitzeln angeht. Doch was dem letzten Zeugen in nichtöffentlicher Sitzung am 28. Februar zu einem V-Mann des Landes Brandenburg vorgehalten wurde, übertrifft in seiner Abgründigkeit das Meiste, was bisher zu diesem Thema im Ausschuss verhandelt wurde.

Über die Quelle des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Brandenburg mit dem Decknamen Piato kam im September 1998 der Hinweis darauf, dass das Trio Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe dabei sei, sich Waffen zu besorgen, weitere Überfälle begehen wolle, um sich danach nach Südafrika abzusetzen. Für die Ermittler wäre diese Meldung äußerst wichtig gewesen, gelangte mit der Begründung Quellenschutz jedoch nie bis zur Polizei. Weitere Meldungen zum Trio kamen über Piato, ohne dass sie der Polizei zur Kenntnis gebracht wurden.

Hinter Piato, der vom LfV Brandenburg zwischen 1994 und 2000 geführt wurde, verbirgt sich der Nazi Carsten Szczepanski und an seiner Person wird deutlich, dass die Ämter beim Thema V-Leute keine Grenzen kennen. Szczepanski wird 1995 wegen versuchten Mordes an Steve Erenhi, der 1992 aus rassistischen Motiven von einer Gruppe Nazis fast todgeprügelt wird, zu acht Jahren Haft verurteilt. Immer wieder ist Szczepanski wegen Gewalttaten und rassistischer Hetze vor Gericht. Aus der Haft heraus bewirbt er sich beim LfV Brandenburg als V-Mann und wird, obwohl als schwerer Nazigewalttäter bekannt, vom Amt in Dienst genommen. Ein Schelm wer vermutet, dass die anschließenden Hafterleichterungen hier ihren Grund haben. Aber was heißt Hafterleichterungen: Offenbar kann Szczepanski auch aus dem Knast heraus ganz im Sinne der Nazis wirken. So stellt er im Knast u.a. das Nazi-Fanzine United Skins her, das großen Anklang in der Szene findet. Kommentar seiner Nazikameraden: „Was der Carsten dort hinter Gittern vollbracht hat, grenzt schon an Zauberei.“ Oder ist die Zauberei doch eher die Hilfe des LfV, dass seinen Quelle natürlich in der Szene platzieren will. Das macht das LfV dann auch ganz aktiv. Als Freigänger hat Szczepanski ab 1999 einen Job im Szeneladen von Antje Probst in Sachsen, eben jener Antje Probst, die Beate Zschäpe ihre Identität lieh. Der V-Mann des LfV sitzt also im Umfeld des Trios und erlangt so seine vorzeitige Haftentlassung, da er ja feste Arbeit hat. Wie zum Hohn heißt es in den Auflagen des Gerichts, Szczepanski müsse sich glaubhaft aus der Szene lösen. Dass er im Gegenteil jetzt mittendrin war, verschweigt das LfV gegenüber dem Gericht, dass natürlich auch im Unklaren darüber gelassen wird, dass es sich um einen Naziversand handelt.

Der im Ausschuss vernommene V-Mannführer von Szczepanski konnte oder wollte zu allen diesen Vorhaltungen mehr oder weniger nichts sagen, war aber ganz offensichtlich von den Fragen und Vorhaltungen der Abgeordneten so mitgenommen, dass die Vernehmung nach knapp zwei Stunden aus gesundheitlichen Gründen abgebrochen werden musste. Der heutige Leiter des LfV Sachsen, Herr Mayer-Plath war für zwei Jahre ebenfalls V-Mannführer von Piato, er wird dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen zu diesen ungeheuren Vorgängen Rede und Antwort stehen müssen.

Plötzlich taucht eine zweite Garagenliste auf

Am folgenden Tag, dem 1. März, kam es im Ausschuss erstmals zu einer Gegenüberstellung zweier Zeugen. Hintergrund waren die völlig konträren Aussagen der Zeugen Dressler (TLKA) und Brümmendorf (BKA) zu den Ermittlungen zur so genannten Garagenliste, einer Telefonliste von Uwe Mundlos, auf der sich wichtige Helfer und Kontaktpersonen des Trios fanden und die von den Ermittlern niemals beachtet wurde, obwohl sie möglicherweise schnell zur Ergreifung des Trios hätte führen können. (vgl. http://www.linksfraktion.de/nachrichten/luegt/) Einen Tag vor dieser Gegenüberstellung teilte das Innenministerium beiläufig mit, dass es eine zweite, größtenteils identische Telefonliste in den Asservaten gebe, die damals überhaupt nicht beachtet worden sei, die dem BKA jedoch seit ca. einem Jahr bekannt sei. Im BMI hatte man sich nicht bemüßigt gefühlt, den Ausschuss früher über diese zweite Liste zu informieren.

Während eine Woche zuvor von Seiten des BKA-Beamten der Eindruck erweckt wurde, seine Bewertung der Liste – „ für die hiesigen Ermittlungen ohne Bedeutung“ – sei nur eine vorläufige und das Thüringer LKA sei für die letztendliche Bewertung verantwortlich gewesen, relativierte sich dieser Eindruck durch die Gegenüberstellung. Denn für die Ermittlungen zu den ca. 20 überregionalen Nazis auf der Liste, darunter die frühen Helfer des Trios, wäre sehr wohl das BKA prädestiniert gewesen. Eine systematische Überprüfung dieser Kontakte von Mundlos unterblieb jedoch. Sowohl das BKA als auch das LKA Thüringen haben diese zentrale Spur zum Trio nicht verfolgt und damit wohl die beste Chance, die drei Nazis frühzeitig aufzuspüren, verpasst.

Fragt man nach den Gründen für diese nahezu unerklärlichen Fehler, so bietet sich eine Spannbreite der Antworten von Absicht bis Unfähigkeit an. Bemerkenswert ist immerhin, dass auf der Liste von Mundlos neben vielen anderen Namen auch Kai Delek verzeichnet ist, damals ein wichtiger V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz und gleichzeitig eine zentrale Figur der Naziszene. Dass der erfahrene Staatsschützer Brümmendorf, der, wie er im Ausschuss sagte, zum damaligen Zeitpunkt wusste, dass Delek V-Person war, beim Lesen dieses Namens nicht aufgemerkt haben soll, ist schwer vorstellbar. Vielleicht schien es dem BKA-Beamten nicht angezeigt, einen Zuträger der Behörden in die Ermittlungen einzubeziehen, so dass er die Bedeutung der Liste herunterspielte. Vielleicht haben er und seine Kollegen aus Thüringen aber auch dem ganzen Fall keine große Bedeutung zugemessen, handelte es sich doch „nur“ um drei junge Nazis die mit Bombenbauen beschäftigt waren. Vertuschung oder Verharmlosung – schwer zu beantworten, was schwerer wiegt.

Gerd Wiegel ■

Meldungen der ag rex

Athen

Eine Gruppe um den griechischen Wirtschaftswissenschaftler Yorgos Mitralias hat ein „Antifaschistisches Europäisches Manifest“ formuliert, das von der griechischen linken Syriza-Bewegung übernommen wurde. Unter Verweis auf Parallelen zum Aufstieg der extremen Rechten in Europa in den zwanziger und dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts warnt der Aufruf, dass auch heute die tiefe wirtschaftliche, soziale und politische - aber auch moralische und ökologische Krise die Voraussetzungen für die beispiellose Offensive gegen den Lebensstandard, gegen die Freiheiten und die Rechte der Arbeiter, gegen „die alle da unten“ schafft, dass die verarmten Mittelklassen wie in den 30er Jahren zum Schwungrad für rechte Bewegungen werden und neue Sündenböcke gefunden werden. Gegen diese (Migranten, Muslime, Juden, Homosexuelle, Behinderte, aber auch soziale Bewegungen, linke Organisationen und kämpferische Gewerkschaften) richte sich nun der Zorn der Deklassierten. Die Autoren erinnern daran, dass auf rechten Internetseiten der Aufstieg der griechischen faschistischen Partei „Goldene Morgenröte“, die auch mit den deutschen Neonazis zusammenarbeitet, als „Inspiration für Europa“ bezeichnet wird.

Kirchheim

Auf ihrem Landesparteitag in Kirchheim stellte die Thüringer NPD ihre Landesliste für die Bundestagswahl zusammen. Sie wird von zwei rechtskräftig verurteilten Neonazis angeführt. Spitzenkandidat für die 13 Personen ist der Landeschef Patrick Wieschke, auf Platz 2 folgt Thorsten Heise, der früher die für ihre Gewalttaten bekannte Kameradschaft Northeim anführte und nach seinem Übergang zur NPD auch schon an der Bundesspitze mitmischte. Auf Platz 3 steht NPD-Stadtrat Gordon Richter aus Gera, der dort die jährlichen Nazikonzerte organisiert. Mit ihrem Wahlantritt hat die Thüringer NPD zugleich die Landtagswahl 2014 im Blick, wo sie ihre knappe Niederlage bei der letzten Landtagswahl ausbügeln möchte.

Hamburg

Sehr spät erst wurde eine interessante Entscheidung der Hamburger Staatsanwaltschaft bekannt. Nach den erfolgreichen Aktionen Tausender Menschen am 2. Juni 2012 gegen einen Aufmarsch der Neonazis in der Stadt mit Demonstrationen und Massenblockaden im Stadtteil Wandsbek hatten drei Personen unabhängig voneinander Strafanzeige gegen den Verantwortlichen des „Hamburger Bündnisses gegen Rechts“ wegen öffentlichen Aufrufes zu strafbaren Blockadehandlungen gestellt. Die Staatsanwaltschaft stellte jedoch die Ermittlungen ein. Der Aufruf beinhalte bei einer Gesamtbetrachtung keine Aufforderung zur Begehung von Straftaten. Zwar werde dazu aufgefordert, sich an Blockaden gegen den Aufmarsch zu beteiligen, doch stehe der Aufruf zu Blockaden neben anderen „Protestformen, nämlich der Teilnahme an Kundgebungen und Demonstrationen“. Auch seien Blockaden denkbar, die nicht unter den §21 Versammlungsgesetz fallen, z.B. wenn sich Blockierer eines Aufmarsches so zeitig von dem Marschweg entfernen oder entfernen lassen, dass eine ernsthafte Störung des Aufzuges nicht eintritt“. Insgesamt habe der Aufruf des HBgR den „Charakter einer Aufforderung zum Protest und ‘zivilen Ungehorsam’“. (Az 7101 Js 943/12)

Quelle: BAG Rechtsextremismus – Antifaschismus DIE LINKE, Antifa aktuell 3/2013

agrex@info.die-linke.de

Haftstrafe für Beamtenbeleidigung

Mehr als einen Monat nach dem harten Urteil gegen den Berliner Antifaschisten Tim H. ist der Verteidigung des Angeklagten vom Dresdner Amtsgericht das schriftliche Urteil zugestellt worden. Aus der kurz gehaltenen Urteilsbegründung geht hervor, dass dem Familienvater weder eine konkrete Tatbeteiligung, noch eine Beleidigung nachgewiesen werden konnte. Obwohl in der Erklärung selbst sogar festgestellt wird, dass der Angeklagte keine Gegenstände geworfen oder Körperverletzungen begangen hat, reichte dem Gericht offenbar die Vermutung, er habe einen Polizisten im Vorbeigehen mit seinem Megafon lautstark als „Nazischwein“ bezeichnet aus, um ihn für fast zwei Jahre Gefängnis zu verurteilen.

Gegen das Urteil wegen „besonders schweren Landfriedensbruchs“, gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung waren sowohl die Verteidigung als auch die Staatsanwaltschaft wenige Tage nach der Urteilsverkündung in Berufung gegangen. Ein neuer Prozesstermin steht noch aus.

Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wenige Monate nach den Ereignissen war zwar eine schwarze Jacke beschlagnahmt worden, ein Megafon konnte jedoch nicht gefunden werden. Vor Gericht reichte das von einer Düsseldorfer Polizeieinheit gefilmte Video dennoch aus, um den bisher nicht vorbestraften Mann „zweifelsfrei“ als diejenige Person zu identifizieren, welche von Beginn an die Menschenmenge an der Polizeiabsperrung „aufwiegeln“ wollte. Auch die Tatsache, dass weder der Hauptbelastungszeuge der Staatsanwaltschaft noch einer der im Gericht geladenen Polizeizeugen den Angeklagten als die Person wiedererkennen konnte, welche an dem Tag mit einem Megafon Durchsagen gemacht und auf die Menschenmenge „eingewirkt“ haben soll, reichte dem Gericht nicht aus, um die Tatvorwürfe gegen ihn zu entkräften. … Gleichzeitig geht aus dem Schriftstück jedoch auch hervor, dass darin ebenso die politische Einschätzung des Richters als Begründung eingeflossen ist. Anders sind die Zeilen nicht zu deuten, nach denen die Ereignisse vom 19. Februar 2011 seiner Meinung nach für „erhebliche Unruhe“ in der Dresdner Bevölkerung gesorgt haben sollen. …

Das Schöffengericht sah im Verhalten von Tim H. eine Mittäterschaft durch seine bloße Anwesenheit in der Südvorstadt und verurteilte ihn für alle vor Ort begangenen Straftaten zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten ohne Bewährung. Vor dem Durchbruch in der Bernhardstraße war eine zahlenmäßig unterlegene Polizeieinheit aus Nordrhein-Westfalen von mehreren hundert Menschen zunächst attackiert und etwa zehn Minuten später überrannt worden. Dabei waren insgesamt vier Beamte leicht verletzt worden. Auch wenn die Lebensumstände des 36jährigen dafür gesprochen haben, ein milderes Urteil auszusprechen, hätten nach Ansicht des Gerichtes die Umstände der Tat „qualitativ“ für eine Strafverschärfung gesprochen. Somit fehlten dem Gericht trotz eines festen Wohnsitzes, einer Anstellung in der Bundesgeschäftsstelle der Linken und familiärer Bindung hinreichende Gründe für eine Aussetzung der Strafe zur Bewährung.

Solidarität mit Lothar König!

Dessen ungeachtet findet ab dem 19. März am gleichen Gericht der Prozess gegen den Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König statt. Der Anklage wegen des Vorwurfs des „besonders schweren Landfriedensbruchs“ gingen Ermittlungen wegen der angeblichen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ voraus. Dazu hatte das sächsische Landeskriminalamt (LKA) den Pfarrer schon Tage vor den Protesten gegen mehrere für den 19. Februar 2011 geplante Naziaufmärsche in Dresden observiert. Wenige Monate nach den durch Massenblo-

ckaden verhinderten Naziaufmärschen folgte eine Hausdurchsuchung und die Beschlagnahmung des Lautsprecherwagens der JG Stadtmitte durch sächsische Einsatzkräfte im benachbarten Jena.

In dem für sechs Verhandlungstage angesetzten Prozess am Amtsgericht wird König von der Staatsanwaltschaft in ihrer 18-seitigen Anklageschrift außerdem vorgeworfen, am besagten Tag Straftäter geschützt und ein Polizeifahrzeug mit dem Auto abgedrängt zu haben.

Außerdem soll aus dem VW-Bus der Jungen Gemeinde Stadtmitte Jena „aggressive Musik“ abgespielt worden sein. Eine auf der Seite der Soligruppe für Lothar König veröffentlichte Solidaritätserklärung gegen die „Kriminalisierung aktiven zivilgesellschaftlichen Handelns“ wurde bisher von mehreren hundert Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet unterzeichn Für die Unterstützung im Fall Tim und alle weiteren von Repression Betroffenen bitte spendet an:

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Kto. 7403887018, BLZ: 100 900 00, Berliner Volksbank, Stichwort: „FREISTAAT“

addn.me, 7.3.13 ■

Freispruch für die Antifaschisten von Remagen!

Am 5. März endete der Prozess gegen die angeklagten Antifaschisten von Remagen vor dem Koblenzer Landgericht mit Freispruch!

Ihnen war vorgeworfen worden, beteiligt gewesen zu sein, als ein Polizist am Rande eines Naziaufmarschs und der Gegenproteste in Remagen im November 2010 verletzt wurde. …

In erster Instanz hatte der Prozess gegen die Angeklagten vor dem Amtsgericht Sinzig nach sechs Verhandlungstagen mit Verurteilungen wegen Landfriedensbruchs geendet.

Die Richterin in Koblenz revidierte das erstinstanzliche Urteil, mit dem die Angeklagten jeweils zu einer Geldstrafe von 70 Tagessätzen verurteilt worden waren. … Sie folgte nicht der Beweisführung der Koblenzer Staatsanwaltschaft: Der Polizist konnte direkt nach dem Vorfall bei einer Gegenüberstellung niemanden identifizieren. Zwei Monate später jedoch gelang ihm dies bei seiner Vernehmung beim Koblenzer Staatsschutz. Auf Bildern konnte er sechs Menschen erkennen, die bei dem Vorfall zweifelsfrei beteiligt gewesen sein sollen. Diese sechs wurden dann auch angeklagt. … Den Angeklagten konnte lediglich nachgewiesen werden, in Remagen gewesen zu sein. …

Das Urteil aus einem anderen Verfahren im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Naziaufmarsch 2010 in Remagen besteht leider nach wie vor: Der angebliche Haupttäter, der den Polizisten damals verletzt haben soll, war zu 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden – trotz fehlender Beweise und nur aufgrund der Aussage eines einzigen Polizisten. Zu dem inakzeptablen Urteil gegen den Antifaschisten kamen darüberhinaus noch die immensen entstandenen Prozesskosten zu Lasten des Verurteilten.

„Natürlich freuen wir uns über den Freispruch im aktuellen Prozess“, betont Alexandra Reinhardt, Pressesprecherin der Solidaritätsgruppe für die Betroffenen. Trotzdem ist es bezeichnend für die hiesigen Zustände, dass erst in zweiter Instanz die Einsicht siegt, dass der bloße Wille der Staatsanwaltschaft nicht ausreicht, um Menschen aufgrund ihres politischen Engagements zu verurteilen“.

Als weiteres Beispiel für die politischen Skandalprozesse gegen antifaschistisch engagierte Menschen im nördlichen Rheinland-Pfalz, kann der Fall Wolfgang Huste aus Ahrweiler dienen.

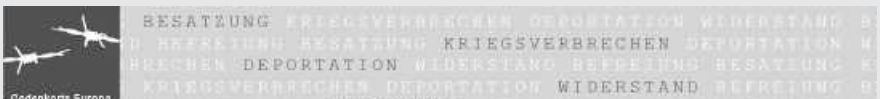
Huste, bekennender Linker und Gewerkschafter, wurde 2012 ein Strafbefehl über 3000 Euro zugestellt. Der Grund: Der Beschuldigte hatte auf seiner Homepage einen Aufruf zur friedlichen Blockade gegen einen Naziaufmarsch in Dortmund veröffentlicht. Auch hier konnte erst durch Einspruch des Beschuldigten und dem damit erzwungenen Gerichtsverfahren ein Freispruch erwirkt werden.

„Es kann nicht sein, dass von staatlicher Repression Betroffene erst durch mehrere gerichtliche Instanzen gehen müssen um ihr Recht durchzusetzen. Wir hoffen, dass dieser juristische Teilerfolg ein Schritt in die Zukunft ist“ so Alexandra Reinhardt über das Ergebnis des Prozesses gegen die sechs Antifaschisten.

Ausführliche Informationen zu den Hintergründen: http://remagensoli.blogsport.de

Solidaritätsgruppe für die kriminalisierten Antifaschist_inn_en von Remagen. PM 06.03.2013 ■

Neues Internet-Portal „Gedenkorte Europa“: www.gedenkorte-europa.eu



Dieses neue Projekt, das der Studienkreise Deutscher Widerstand 1933-1945 zu Beginn des Gedenkjahres 2013 vorstellt, bietet eine ungewohnte Perspektive für Reisende in Frankreich und Italien. Die Côte d’Azur, die Toscana, Rom und Paris – kaum ein Besucher denkt beim Urlaub in diesen Ferienregionen an die Verbrechen, die von der deutschen Besatzung, von Wehrmacht und SS dort verübt worden sind und die tiefe Spuren in den betroffenen Familien und in der kollektiven Erinnerung hinterlassen haben.

Das Internet-Portal „Gedenkorte Europa“ zeigt auf, wo und in welcher Weise an Krieg und Besetzung durch Nazi-Deutschland erinnert wird. Museen und Gedenkorte für Résistance- und Resistenza-KämpferInnen, Orte der Erinnerung an die Verbrechen der Besatzer finden sich fast überall, oft versteckt und wenig beachtet. Kurze Texte und weiterführende Informationen erleichtern die Orientierung für Reisende, die über Frankreich und Italien mehr erfahren wollen, als in den Reiseführern steht. Neben bekannten Gedenkorten wie St. Anna di Stazzema oder Oradour-sur-Glane werden über 700 Orte, geordnet nach Regionen, beschrieben. Fotos und Wegbeschreibungen ergänzen die Texte. Mithilfe von Google maps findet man auf www.gedenkorte-europa.eu schnell zu diesen Gedenkorten.

Die Webseite www.gedenkorte-europa.eu will an die Geschichte der Besatzung und des Widerstands in Europa während der Nazi-Diktatur erinnern und zu Besuchen der Gedenkorte anregen, die Wege dorthin aufzeigen und erste Informationen anbieten. Das Projekt soll in den nächsten Jahren mit Wegweisern zu Gedenkorten in weiteren europäischen Ländern fortgesetzt werden.

Thomas Altmeyer, M.A.
Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945
Web: www.widerstand-1933-1945.de ■

Neuer Feminismus?

In letzter Zeit wurden mal wieder Debatten über Sexismus geführt. Angestoßen von der Twitter-Initiative „Aufschrei“, bei der zahlreiche Frauen ihre täglichen Erfahrungen mit Sexismus und sexualisierter Gewalt posteten. Und dann gab es die ebenfalls in den neuen Medien beworbene Aktion „one billion rising“[1]*, dessen Ziel es war, weltweit eine Millionen Frauen gegen Gewalt an Frauen tanzen zu lassen. Am internationalen Frauentag war es dagegen eher ruhig. Stattdessen ist derzeit vom „neuen Feminismus“ die Rede. So auch im Zusammenhang mit der „Frauenrechtsgruppe FEMEN“. Diese platzierten am Frauentag ein Plakat mit dem Slogan „Fuck womans day – FEMEN`s day is every day“ auf ihre Internetseite.*[2]

Ist das passend? Wer sind diese FEMEN eigentlich?

FEMEN hat sich 2008 in der Ukraine gegründet. Auf femen.info schreiben FEMEN über sich selbst, dass sie die größte Frauenbewegung Europas werden wollen.[3] Und dafür tun sie viel. In ihrem Shop verkaufen sie Merchandising wie Taschen, Tassen und T-Shirts mit ihrem Logo. Zwei nebeneinanderliegende Kreise in Form einer Frauenbrust in blaugelb, den ukrainischen Nationalfarben. Daneben gibt es unter dem Button United Nations Variationen mit sämtlichen Nationalflaggen. Kosten: ab 25,–$ pro Stück.[4]

Unter dem Button new arrivals (neu eingetroffenes) findet sich u.a. ein Logo mit Regenbogenfarben und ein T-Shirt mit dem altdeutschen Schriftzug „in gay we trust“ (Schwulen/Homosexuellen vertrauen wir). Entsprechend wird eine ihrer nächsten Aktionen auch die Beteiligung an der Demo für Homoehen in Frankreich sein.

In der Ukraine hat FEMEN laut eigenen Angaben gegenüber der Frauenzeitschrift Brigitte bereits 500 aktive Mitglieder, 23 000 stünden mit ihnen in Kontakt.[5] Das Hauptgebiet der FEMEN ist die Anklage von Prostitution. Eine umstrittene, aber mehrheitsfähige Angelegenheit, um Anhänger_innen zu finden.

FEMEN-Gründerin Anna Hutsol fordert ein höheres Strafmaß für Zuhälterei in der Ukraine, in der zwar Prostitution illegal ist, nicht jedoch ihre Inanspruchnahme. Deshalb fordern sie auch die Kriminalisierung von Freiern und ein Einreiseverbot für Menschen, die bereits als Sextouristen auffällig gewordenen sind.[6]

„Unser Gott ist die Frau, unsere Mission ist Protest und unsere Waffen sind nackte Brüste!“[7] schreiben sie auf der Internetseite ihres Shops.

Denn als Mittel der Wahl für mediale Aufmerksamkeit zeigen FEMEN neben romantisch-nationalistisch anmutenden Blumenkränzen im Haar ihre nackten Oberkörper. Diese beschreiben sie je nach Anliegen mit politischen Parolen, wie 2012 während der Europameisterschaft in der Ukraine und Polen. Der Slogan „die Ukraine ist kein Bordell!“ machte sie bekannt.

In dem Rahmen hat sich eine FEMEN für die Zeitung Oto-News ausgezogen und den Namen des ukrainischen Fußballvereins KARPATI-Liews[8] auf den Bauch gemalt, sowie ihre Brüste entsprechend der Vereinsfarben grün-weiß bemalt. Sie steht zwischen zwei Männern, die ihr auf einem der Fotos von links und rechts die Hände über den Unterleib halten, während sie die Mittelfinger in die Kamera hält. Die Männer haben dabei nur ihren ebenfalls mit den Vereinsfarben bemalten Oberkörper freigemacht. Ansonsten tragen sie blue-Jeans und ballen die Fäuste. Der Ausdruck der drei Gesichter mit Flaggen in grün-weiß wirkt starr, die Fotos gestellt. In dem Artikel von Oto-News wird behauptet, dass die Prostitution wegen des Spiels von KARPATI gegen den türkischen Verein GALATASAREI-Istanbul ansteigen würde, da die meisten Sextouristen aus der Türkei kämen.[9] Nur eine unreflektierte Aussage? Laut eines Kommentars zu dem Indymedia-Artikel „keine Solidarität mit FEMEN!“ sind die Fans von KARPATI-Liews dafür bekannt, extrem rechte Einstellungen zu haben. Der Artikel der queer-feministischen Gruppe diss_ richtete sich vor allem gegen eine der letzten Aktionen des deutschen Ablegers FEMEN-Germany.[10]

Ist das Kunst?

Zwei Tage vor dem Holocaustgedenktag, am 25.01.2013 veranstalteten die deutschen FEMEN einen Fackelzug durch die berühmte Herbertstraße in Hamburg (eine Straße in St. Pauli, in die nur Männer dürfen, um sich von Frauen im Schaufenster anwerben zu lassen). Die nackten Oberkörper der FEMEN waren diesmal mit Sprüchen wie „nacked war“ und „stop sex slavery“ beschrieben. Auf Plakaten stand zu lesen: „Sexindustrie is fachism“ und „keine Sonderrechte für Freier“.[11] Am Ende beschrieben sie die Tore der Herbertstraße mit „Arbeit macht frei“. Diss_ und andere Gruppen und Einzelpersonen werteten die Aktion als Relativierung des Holocausts und der Sklaverei, sowie als Objektivierung von Sexarbeiter_innen.

Verbotene Faschistische Symbole

Die Aktion in der Herbertstraße war nicht die erste Aktion dieser Art. FEMEN Germany hatte bereits am 8. Juni 2012 mit einer Performance auf der Reeperbahn auf sich aufmerksam gemacht. Mit aufgeklebten Hitler-Bärtchen, auf die Körper gemalten Reichsadlern, sowie auf die Oberarme gemalten Hakenkreuzbinden gaben sie vor dem Billig-Bordell Geiz-Club den Hitlergruß zum besten. Ein „Allerwertester“ der aus ihren schwarzen Unterhosen lugte, durfte dabei auch nicht fehlen. Ihre Körper waren mit den Slogans „Sex-Slavery is fashism“ (Sex-Sklaverei ist Faschismus) und „no prostitution fascist industry“ (keine faschistische Prostitutions-Industrie) samt Hakenkreuzen bemalt.

Passend zu den in St. Pauli verwendeten Slogans gibt es ein Plakat der FEMEN Germany, auf dem eine barbusige blonde FEMEN mit Blumenbanderole vor einer Hakenkreuzfahne steht und mit dem Mittelfinger auf ein Hakenkreuz zeigt, welches in dem Slogan FICKT DIE SEXINDUSTRIE als X eingebaut ist. Mit der freien Hand hält sie einen Baseballschläger über der Schulter, während ihr weiße Flüssigkeit aus dem Mund läuft. Unter dem Slogan steht der Sexindustrie-Faschismus des 21. Jahrhunderts. Oben links im Bild ist das Femenlogo mit deutschen Nationalfarben zu sehen.[12]

Kritik an den Performances der FEMEN GERMANY in St. Pauli bekamen FEMEN auch von der Bloggerin Freya auf Netz-gegen-Nazis.de. Sie stellte zu Recht die Frage, welches Volk gemeint ist, wenn FEMEN mit dem Spruch „Prostitution ist Genozid“ von sich reden macht und wies auf die Zwangsbordelle der Nazis hin. Weiter kommentiert sie: „Für die Prostituierten, die heutzutage unter einem Gesetz leiden, dass sie zwar entkriminalisiert, aber dadurch auch ihre Arbeitsbedingungen verharmlost, ist das ein weiterer Schlag ins Gesicht durch eine Frauenrechtsorganisation.“[13]

FEMEN scheint diese ganze Kritik hingegen wenig zu kümmern. „Irina Khanova, Mitgründerin von ‚Femen Germany‘, die sich offensiv für ein NPD-Verbot ausspricht, findet die Vorwürfe ‚beleidigend und unverschämt‘. Sie sieht im Frauenhandel eine ‚Analogie‘ zum KZ-System. ‚Die Opfer werden versklavt, verschleppt, vergewaltigt, in Ghettos eingesperrt und wie Fleisch verkauft.‘“[14]

Für einen Auftritt anderer Art nutzten FEMEN am 15. September den „Slutwalk“ (Schlampenmarsch) in Berlin.[15] Eine von queer-feministischen Gruppen organisierte Demo „gegen die Verharmlosung sexualisierter Gewalt“. Für diesen Auftritt bemalten einige mit Hijab (Kopfbedeckung, die nur die Augen freilässt) bestückte FEMEN ihre Körper à la bodypainting (Bemalung des Körpers, die Kleidung suggeriert) mit schwarzer Far-

Nachwahl für einen Parlamentssitz in Beauvais bei Paris:

Nur Rechte und extreme Rechte kommen in die Stichwahl

An diesem Sonntag, den 17. März 13 fand im Raum Beauvais, im Bezirk Oise (circa 30 bis 50 Kilometer nördlich von Paris), eine so genannte Teilwahl – élection partielle - um einen einzelnen Parlamentssitz statt. Der Sitz in der französischen Nationalversammlung musste erneut besetzt werden, weil die Wahl des Abgeordneten Jean-François Mancel (UMP, bürgerliche Rechte) vom Juni 2012 aufgrund von Unregelmäßigkeiten angefochten und gerichtlich annulliert worden war. Solche Nach- oder Teilwahlen bilden im Laufe einer Legislaturperiode immer symbolträchtige Gradmesser für die Stärke der jeweiligen Parteien.

Bei der allgemeinen Parlamentswahl im Juni 2012 hatte der Konservativ-Wirt-

→

Fortsetzung von vorheriger Seite

be, so dass der Eindruck entstehen konnte, sie trügen eine Burka (Ganzkörperschleier).[16] Dazu schrieben sie, „fight for women`s liberation from religious opression“ (Kampf für die Befreiung der Frauen von religiöser Unterdrückung). „People of colour“ (Leute mit nicht weißer Hautfarbe), werteten den Auftritt als „Blackfacing“[17] (schwarz anmalen weißer Haut, um rassistische Stereotype zu bedienen).[18]

Auf den „Slutwalk“ folgte eine Aktion am 21. Oktober, als FEMEN Germany mit schwarz-rot-gold bemalten Brüsten unter dem Slogan „wir müssen draußen bleiben!“ in einem IKEA-Möbelhaus in Hamburg gegen die Wegretuschierung von Frauen aus einem IKEA-Katalog für Saudi-Arabien protestierte.[19]

Dazu gibt es auch positive Stimmen:

U.a. von islamfeindlichen Internetpräsenzen wie dem Blog von Michael Mannheimer (Islamisierung stoppen – Grundrechte garantieren – Demokratie stärken) und dem Kybelines Webblog Europäische Werte, der kein Problem damit hat die junge Freiheit und Pro Köln zu verlinken.[20] Und auch PI-News freut sich. Zu einer Aktion Anfang April 2012 in Paris, wo die FEMEN zunächst in Burkas auftraten, welche sie dann von sich warfen, um nackt mit Slogans wie „Eher nackt als mit Burka“ und „Nacktheit ist Freiheit“ aufzutreten, schrieb PI-News, dass dies eine erfreuliche Weiterentwicklung des Repertoires sei.[21]

Im Februar 2013 gab es dann jedoch erst mal wieder Aktionen mit anderen Thematiken in Berlin. Hier schritten FEMEN mit einem Auftritt gegen Genitalverstümmelung auf der Berlinale zur Tat. Der Oberkörper einer FEMEN war mit „stopp using my pussy“ (Stoppt den Gebrauch meiner Pussy) betitelt.22 Und unter dem Motto „Kein Asyl für Nazis“ traten sie gegen ein NPD-Treffen am 16.02.2013 in Erscheinung.[23]

Ganz im Sinne des SEXTREMISMUS

FEMEN ziel darauf ab, intellektuelle und moralische Qualitäten junger ukrainischer Frauen, sowie deren „Führung“ (leadership) zu entwickeln. Außerdem wollen sie das Image der Ukraine verbessern, einem Land mit angeblich großen Chancen für Frauen.[24]

Das machen sie pragmatisch wirtschaftlich, indem sie den Frauen, die mitmachen wollen, in Schulungszentren ihre Taktik und Ideologie beibringen. SEXTREMISMUS heißt die.

Eine Art Performance, bei der die Frauen aggressiv schauen müssen, während sie sich gleichzeitig für Fotografien der anwesenden Presse in Szene setzten.

Finanzierung

Die feministische Zeitschrift Emma schreibt, dass FEMEN sich durch den Bilderverkauf ihrer Aktionen finanzieren.

Aber sie posieren auch für Magazine. Im Männermagazin Obsession ließen sie sich mit Parolen wie „I do not prostitute“ (ich prostituiere mich nicht) porträtieren. Ihre Brüste wurden dabei durch Balken bedeckt.[25] In der Zeitung Plitkar.com sind sie ganz nackt und ohne Parolen zu sehen.[26]

Sie selbst schreiben, dass sie gemeinnützig sind und sich durch ihren Shop finanzieren. Ihre Gemeinnützigkeit wurde in der Ukraine allerdings nicht anerkannt. FEMEN-Mitgründerin Alexandra Schewtschenko, die in der ZEIT-online erklärt, dass sie hauptberuflich für FEMEN arbeitet, erzählt auch von dem Verkauf von Brustabdrücken.[27] Die Brüste werden dafür in den Nationalfarben bemalt und auf eine Leinwand gedrückt. Auf Wunsch mit Autogramm. FEMEN nennt das Brust-Kunst und Siskograph. Der Käufer kann sich dafür eine Aktivistin aussuchen, deren Namen er nennen oder die er beschreiben soll. Ein Foto wird per Mail geliefert. Kosten: 70,–$[28]

Laut Alexandra Schewtschenko nehmen FEMEN jeden Monat 5000,–€ – 7000,–€ ein. Darunter viele Spenden. Allerdings nicht von Parteien.[29]

Unter einem ihrer Bilder bei Facebook werben sie dafür um neue Mitglieder:

„FEMEN gibt es nun auch in Deutschland! Wenn du Teil des Neuen Feminismus in Deutschland sein willst, schreibe uns eine mail an femengermany@gmail.com mit deinen Kontaktdaten, schicke uns ein oben-ohne Foto mit deinem lieblings Slogan. Hab Mut für die Rechte der Frauen zu kämpfen, werde Femen!“[30]

Wer diese FEMEN sind und was sie wirklich wollen, ist schwierig zu durchschauen. Deshalb sollte ihre weitere Entwicklung sehr kritisch reflektiert werden.

L.L.

1 http://www.onebillionrising.de/
2 http://femen.org/news/page/3#post-content
3 http://femen.info/about/
4 http://femenshop.com/t-shirt/femen-united-nations
5 http://www.brigitte.de/gesellschaft/politik-gesellschaft/sextourismus-femen-interview-1022194/3.html
6 http://www.brigitte.de/gesellschaft/politik-gesellschaft/sextourismus-femen-interview-1022194/2.html
7 http://femenshop.com/femen
8 https://de.wikipedia.org/wiki/Karpaty_Lwiw
9 http://funkys.ru/?p=5883, Übersetzung des Artikels
10 https://linksunten.indymedia.org/de/node/ 78883
11 http://www.emma.de/ressorts/artikel/prostitution/femenprotest-in-der-herbertstrasse/
12 Das Bild findet sich unter: http://femen.org/about
13 http://www.netz-gegen-nazis.de/frage/darf-man-die-opfer-des-nationalsozialismus-so-verh%C3%B6hnen-8455
14 http://femen.info/die-gruppe-femen-weist-kritik-an-ihrer-aktion-gegen-sexindustrie-zuruck/
15 http://slutwalkberlin.de/
16 http://www.flickr.com/photos/sunsurfersfotostream/7995100983/
17 http://de.wikipedia.org/wiki/Blackfacing
18 http://blog.derbraunemob.info/
19 http://michael-mannheimer.info/2012/10/27/protest-gegen-dhimmitum-nackte-frauen-sturmen-ikea-in-hamburg/
20 http://www.kybeline.com/?s=FEMEN
22 http://www.cicero.de/salon/oben-ohne-im-rampenlicht/53501
23 http://www.rbb-online.de/nachrichten/politik/2013_02/Femen_Demonstration_Protest_NPD.html,
http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article113688304/Halbnackte-Femen-Frauen-protestieren-gegen-NPD.html
24 http://femenshop.com/femen
25 http://englishrussia.com/2012/04/13/glamorous-and-warlike-femen/
26 http://plitkar.com.ua/aktivistki-femen-razdelis-dlya-zhurnala-loaded/
27 http://www.zeit.de/sport/2012-06/interview-femen-ukraine-protest/seite-3
28 http://femenshop.com/boobs-art-at-femen-activists/boobs-print-on-canvas
29 http://www.zeit.de/sport/2012-06/interview-femen-ukraine-protest/seite-3
30 http://www.facebook.com/photo.php?fbid=99550793504663&set=a.107023819424029.5837.106995199426891&type=1

schaftsliberale Mancel den Wahlkreis gewonnen, doch nur um 63 einzelne Stimmen vor seiner sozialdemokratischen Herausfordererin Sylvie Houssain gelegen. Damals konnten sich drei Bewerber für die Stichwahl qualifizieren: Mancel für die UMP, Houssain für die Sozialdemokratie und Florence Italiani für den rechtsextremen Front National (FN). Diese drei erhielten in der Stichwahl respektive 38,97 %, 38,84 % sowie 22,18 %.

Heute bietet sich jedoch ein anderes Bild. An diesem Sonntag verschwand nämlich die Sozialdemokratie vor der anstehenden Stichwahl von der Bildfläche. Sylvie Houssain verfehlte den Einzug in den zweiten Wahlgang, auch aufgrund der geringen Wahlbeteiligung; für die Teilnahme an der Stichwahl benötigt ein/e Kandidat/in die Stimmen von 12,5 % der in die Wählerlisten eingetragenen Stimmberechtigten (nicht der real abgegeben Voten). Je niedriger die Wahlbeteiligung ausfällt, desto höher liegt entsprechend diese Hürde.

Am Sonntag erhielt Mancel nunmehr im ersten Durchgang 40,61 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die rechtsextreme Kandidatin Italiani erzielte 26,58 %, und die sozialdemokratische Bewerberin ihrerseits 21,37 %. Aufgrund der ausgesprochen niedrigen Wahlbeteiligung (32,79 %) reicht es für Letztere jedoch nicht zum Einzug in die Stichwahl. Sicherlich bezahlte Sylvie Houssain auch die Quittung für die immer stärker unbeliebte Regierungspolitik ihrer Parteifreunde auf nationaler Ebene.

Das Département Oise, dessen zweiter (von insgesamt sieben) Wahlkreisen im Augenblick umkämpft ist, stellt seit langem eine reaktionäre Ecke mit hohem FN-Anteil da, u.a. aufgrund der relativ starken Präsenz früherer Soldaten im Algerienkrieg oder dortiger französischer Siedler.

Jean-François Mancel wiederum ist für langjähriger Leser/innen der Antifaschistischen Nachrichten ein alter Bekannter. In AN 06/1998 vom 19. März 1998 war, im Zusammenhang mit den Regionalparlamentswahlen von März 1998, über ihn zu erfahren:

„(…) Eine kleine Bombe explodierte unterdessen am 07. März 98: In einem Interview mit der (sehr rechtslastigen) Wirtschaftszeitschrift ‚Valeurs Actuelles' erklärte der frühere RPR-Generalsekretär Jean-François Mancel, der nach der Wahlniederlage im Juni 97 seinen Hut nahm und bis dahin an führender Stelle die Abgrenzungspolitik gegenüber dem FN formuliert hatte, seinerseits seine Bereitschaft zu einem Bündnis mit dem Front National in seinem Département. Mancel fügte vielsagend hinzu: ‚Andere, die es nicht auszusprechen wagen, werden hinzukommen. Es kommt ein Moment, wo man die Wahrheit sagen muss.' Was dabei grundsätzlich auf dem Spiel steht, formuliert ‚Le Monde' vom 08./09. März 98: ‚Auf dem Spiel steht die Formierung des Lagers der Anhänger, innerhalb der parlamentarischen Rechten, von Abkommen mit der extremen Rechten.'„

BS, Paris ■

Aktuelles vom Front National

Die Stimme kam, quasi buchstäblich, vom anderen Ende der Welt. Nicht aus den Tiefen der Erde, aber von der anderen Seite des Globus. Auf der Inselgruppe Neukaledonien im Westpazifik, welche bislang als „Überseeterritorium" administrativ zu Frankreich gehört, aber im Zeitraum 2014 bis 2018 nun über ihre Unabhängigkeit abstimmen soll, ergriff Marine Le Pen das Wort. Am vergangenen Freitag, den 15. März 13 erklärte die Chefin des französischen Front National (FN) von dort aus, die Zeit sei reif für eine „Sammlung". Und zwar jene der Gegner der Unabhängigkeit: Diese sollten vor den im kommenden Jahr anstehenden Wahlen zum Inselparlamentarier ihre Kräfte bündeln, um für den Verbleib bei Frankreich zu kämpfen.

Bei dem danach anstehenden Referendum können alle Einwohner/innen, die sich bis 1998 (Jahr eines Abkommens mit der Unabhängigkeitsbewegung) auf Neukaledonien niederließen, mitstimmen – doch bis dahin hatten die französischen Regierungen ohne Unterbrechung die Ansiedlung von (überwiegend „weißen") Neubürger/inne/n aus dem französischen kolonialen „Mutterland" finanziell begünstigt. Die ursprünglichen Einwohner/innen des Archipels, die sich selbst als „Kanak" (Menschen) bezeichnenden Melanesier, gerieten dadurch inzwischen in die Minderheit. Noch also ist unklar, ob das Anliegen der Unabhängigkeitsbefürworter – die in der melanesischen Bevölkerung stark verankert sind – wirklich durchkommt. Der französische FN, auf der Inselgruppe relativ stark verankert, will sein Gewicht dagegen in die Waagschale werfen.

Dass die französische extreme Rechte bis heute stark vom kolonialen Erbe geprägt bleibt, schimmert an dieser Stelle deutlich durch. Dies unterscheidet sie sicherlich von den starken rechtsextremen Parteien in Ländern wie Österreich, der Schweiz oder Ungarn. (Im letzteren Fall gibt sich die neo-nationalsozialistische Bewegung „Jobbik" sogar auf demagogische Weise „antikolonial", da der ungarische Nationalismus seit dem Vertrag von Trianon 1920 oft den „Verrat des Westens" anprangerte und eine Hinwendung zu Asien predigte.)

Leicht überraschend kam da, wie Marine Le Pen auf den Tod des, in Teilen der Linken als Held gegen den Neokolonialismus unterstützten (aber auch auf dem nationalrevolutionären Flügel der extremen Rechten umschwärmten), venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez vom 05. März d.J. reagierte. In weiten Teilen der konservativen Rechten wurde der seit 1999 Staatschef Venezuelas als eine Art kommunistischer Teufel verabscheut und mit oft lächerlichen Argumenten dämonisiert. Auch wenn andernorts auch sehr berechtigte Kritik an dessen Unterstützung für Folterdiktaturen in Libyen unter Gaddafi, in Syrien oder im Iran (nach dem Motto „Die Feinde meines Hauptfeinds USA sind meine Freunde") geübt wurde – wobei Chavez selbst entgegen bürgerlichen Gerüchten allerdings nicht diktatorisch, sondern mit realer Unterstützung gerade aus den sozialen Unterklassen regierte.

Konservative und wirtschaftsliberale Rechte probten deswegen vergangene Woche in Frankreich künstliche Aufregung, nachdem der frühere Präsident des französischen „Überseebezirks" Guadeloupe und jetzige Pariser „Überseeminister" – Victorin Lurel – zur Beerdigung von Hugo Chavez geflogen war. (Quasi als Nachbar, Guadeloupe liegt nur 400 km von den Küsten Venezuelas entfernt.) Und nicht nur dies, der Sozialdemokrat Lurel hatte in Caracas sogar erklärt: „Wenn die Welt mehrere solcher Diktatoren hätte, ginge es auf ihr besser zu." Konservative Wadenbeißer wie der, dank offenen Wahlbetrugs innerhalb seiner Partei seit November 12 amtierende, UMP-Chef Jean-François Copé wetterten gegen einen „Skandal". Einige sozialdemokratische Parteifreunde Lurels pinkelten sich unterdessen betreten ans Bein…

Demgegenüber erschien die Reaktion Marine Le Pens ja, auf einfache Weise, als vergleichsweise moderat. Zwar tat auch sie die Äußerungen Victorins Lurels in einer Handbewegung ab („Was der Überseeminister denkt, den niemand kennt, interessiert keinen"). Aber sie fuhr auch fort, UMP ebenso wie PS (Sozialdemokratie) sollten „mit unfruchtbaren Polemiken aufhören"; und erklärte vor allem: „(Hugo Chavez) hat positive Dinge verrichtet, etwa sein Volk von den Erdöleinnahmen profitieren lassen. Andere Staatsführer, etwa in Afrika, die ebenfalls über bedeutende Ressourcen verfügten, taten dies nicht." Letztere Feststellung trifft absolut zu, sollte allerdings – für erdölreiche Länder wie Gabun, Kamerun und Tschad –

Korrektur zu AN 04/13

Es stand schon einmal in den Antifaschistischen Nachrichten, umso weniger gibt es einen Grund, dass es nunmehr im Nachhinein falsch wiederkehrt.

In unserer Ausgabe Nr. 04/2013 vom 21. Februar 13 stand zu lesen:

„Ähnlich verläuft die Entwicklung aber auch bei einem behaupteten Allheilmittel des FN bei sozialen Problemen, nämlich was die Forderung nach einer systematischen préférence nationale (Inländerbevorzugung, Inländervorbehalt) etwa beim Zugang zu Arbeitsplätzen betrifft. Diese Forderung, immerhin ein absolut zentraler Programmpunkt des FN, überzeugt nur noch 24 Prozent – hingegen waren es bei einer Umfrage zum Thema Rassismus (unabhängig von der Bewertung des FN) im Jahr 1991 noch über 60 Prozent gewesen."

Diese Aussage ist in der grundsätzlichen Tendenz richtig. Aber eben nur in der Tendenz. In der Folge ging der Verfasser doch noch daran, Papierberge zu wälzen, weil er das Thema in der Vergangenheit in den AN bereits behandelt hatte – und die Ausgaben von vor 2002 sträflicherweise nicht on-line stehen! (Möge die Kritik als Anregung aufgegriffen werden…)

Und hier nun das Ergebnis der Überprüfung. Richtig stand in Antifaschistische Nachrichten Nr. 14/1998 vom 09. Juli 1998 unter der Überschrift „Frankreich: Neue Rassismus-Studie veröffentlicht" also tatsächlich Folgendes:

„ (...) ‚Nach einer Hochphase in den Jahren 1990 bis 1992 neigt die Verbreitung rassistischer und xenophober Auffassungen – die freilich noch immer präsent sind – dazu, zurückzugehen', stellt der Meinungsforscher Roland Cayrol in ‚Le Monde' vom 02. Juli 1998 fest. Ähnliche Tendenzen brachte bereits drei Wochen zuvor eine Umfrage des SOFRES-Instituts zutage, die am 29. und 30. Mai 1998 durchgeführt worden und am 13. Juni 1998 in dem stockreaktionären ‚Figaro Magazine' veröffentlicht worden war. Dort wurden die jeweiligen Umfragewerte mit den entsprechenden Ergebnissen von September 1991 verglichen. Demnach befanden sich die Auffassung jener, die Sozialleistungen und Arbeitsplätze bevorzugt an Franzosen vergeben wollten, einerseits und die Ansicht, wonach keinerlei Diskriminierung zwischen Franzosen und (legal im Lande lebenden) Immigranten andererseits vorgenommen werden solle, im September 1991 beinahe auf gleicher Höhe. Konkret wollte damals je eine knappe Hälfte Arbeitsplätze (45 Prozent), Sozialwohnungen (45 Prozent) und Kindergeld (48 Prozent) bevorzugt

→

dringend um die Aussage ergänzt werden, dass der Einfluss des französischen Neokolonialismus dazu ziemlich entscheidend beitrug, was Marine Le Pen sicherlich nicht so ausdrücken würde…

Diese Positionierung Marine Le Pens passt durchaus in ihr gewünschtes (theoretisches) Profil, das darin besteht, als „jenseits von Links und Rechts und allein der Nation verpflichtet" auftreten zu wollen. An Hugo Chavez' Beispiel interessiert ihre Partei natürlich vor allem der Aspekt der „nationalen Selbstbehauptung", besonders gegenüber den USA – auch wenn diese Frage sich natürlich in Wirklichkeit in einem (zuvor) halbkolonialen Land anders stellt als bei einer früheren Kolonialmacht.

Stärker in das traditionelle Links-Rechts-Schema, und zu einer Verortung klar auf der Rechten, passt hingegen die Reaktion von Alt- und Ehrenpräsidente Jean-Marie Le Pen auf die Wahl des neuen Papsts, François/Franziskus. Am 14. März 13 erklärte er in einer Presseaussendung dazu, seine Partei begrüße die Wahl des neuen Kirchenoberhaupts im Vatikan und hoffe, der Mann werde sich nicht dem Druck von Zeitgeistfreunden und Gegnern der traditionellen kirchlichen Moralvorstellungen beugen:

„Der FN bezweifelt nicht, dass er dem unerträglichen und arroganten Druck jener widerstehend wird, die ihn unter dem Vorwand des ‚Fortschritts' dazu zwingen wollen, die christliche Moral und die Tradition der katholischen Kirche aufzugeben."

Kommunalparlamentswahlen am Horizont

In Frankreich selbst bereitet sich der FN verstärkt auf die nächsten Kommunalwahlen, welche im März 2014 in ganz Frankreich stattfinden werden, vor. Nahezu täglich berichtet die als Quasi-Pressedienst der Parteiführung unter Marine Le Pen dienende Webseite Nations Presse Info (NPI) darüber, wie die Partei da und dort in den Startlöchern dafür steht. In einem Interview mit der Sonntagszeitung JDD – Ausgabe vom 17. März 13 – erklärte die 23jährige Parlamentsabgeordnete des FN und Nichte von Marine Le Pen, Marion Maréchal-Le Pen, lokale Bündnisse mit der UMP seien nicht auszuschließen. Diese hingen vielmehr von den örtlichen Bedingungen ab.

Über 50 Teilnehmer/innen an einem Treffen, zu dem die Liga für Menschenrechte (LDH) aufgerufen hatte, debattierten unterdessen am Samstag, den 16. März am Sitz der LDH über die Perspektiven von Antifaschist/inn/en vor den herannahenden Kommunalwahlen. Vielerorts ist der Druck der extremen Rechten bedeutend, so erhielt Martine Le Pen in einer Reihe von Einzelstädten (nicht ganzen Wahlkreisen) im April 2012 Ergebnisse von über 50 Prozent.

An der Spitze liegt Saintes-Marie-de-la-Mer in der Provence mit damals 72 Prozent der Stimmen. Was nicht unbedingt bedeutet, dass diese Stimmenzahlen zugunsten der Person Marine Le Pen sich wiederholen werden, wenn es um örtliche Kandidat/inn/en geht. Um die Wählerstimmen bei sich zu behalten, setzen viele Bürgermeister – aus dem konservativen wie aus dem sozialdemokratischen Lager – unterdessen massiv auf den Ausbau örtlicher Videoüberwachung und ähnlicher Praktiken, die vordergründig „das Sicherheitsbedürfnis der Bürger/innen befriedigen" helfen sollen.

Als eine der ersten Stationen auf ihrer „Frankreichtournée" vor den Kommunalparlamentswahlen trat Marine Le Pen am 26. Februar 13 im christlichen Wallfahrtsort Rocamadour in Südwestfrankreich auf. Dort zog sie – allerdings nur sehr kurzfristig – landesweite Aufmerksamkeit auf sich, indem sie eine Revision der Schulprogramme für den Geschichtsunterricht forderte. Unter anderem insistierte sie dabei darauf, dass die französische Kolonialgeschichte in positiverem Licht erscheinen müsse (was hinreichend skandalös ist, allerdings weniger stark thematisiert wurde). Stärkere Aufmerksamkeit fand, dass sie auch noch hinzufügte, der Zweite Weltkrieg und seine Gräuel stünden zu stark im Mittelpunkt und nähmen zu viel Raum ein. Geschickt präzisierte sie jedoch, sie spreche dabei vom Grundschulunterricht, da „diese Themen für Kinder dieses Alters zu komplex" seien.

Ihr Vater Jean-Marie Le Pen hätte mutmaßlich gleich losgepoltert, generell werde diese Geschichte doch ganz falsch unterrichtet usw. usf. Blieb doch seine Auslassung vom 13. September 1987 im französischen Fernsehen (die Existenz der Gaskammern sei eine offene Frage, jedoch un point de détail de l'Histoire, also „ein Nebenumstand der Geschichte") allgemein in lebhafter Erinnerung. Marine Le Pen vermied es diesbezüglich bislang immer, zu sehr ins Fettnäpfchen zu treten. Am 03. Februar 2011, kurz nach ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden, hatte sie die Nazi-Todeslager zum „Gipfel der Barbarei" erklärt und präzisiert, sie stellen „keinen Nebenumstand der Geschichte" dar. Bevor sie jedoch am 27. Januar 2012 auf dem Wiener Burschenschaftsball an der Seite astreiner Nazifressen und Auschwitzleugner gesichtet wurde…

Bernard Schmid, Paris ■

Gazale Salame ist wieder zu Hause

Acht Jahre lang hat der Unterstützerkreis gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen, unterstützt von den Kirchen, zahlreichen Organisationen und Prominenten, für die Zusammenführung der durch die Abschiebung zerrissenen Familie von Gazale Salame und Ahmed Siala gekämpft. Am Sonntag war es endlich so weit: Gazale konnte ihre ohne sie groß gewordenen Töchter in die Arme schließen, Ahmed die beiden jüngeren Kinder.

„Es ist schön, wieder zu Hause zu sein. Ich will nur Frieden." Froh und erschöpft wirkt Gazale nach ihrer Ankunft auf dem Flughafen in der Nacht vom 2. auf den 3. März in Hannover. Man sieht ihr an, dass die Schmerzen und Qualen der vergangenen Jahre nicht so einfach überwunden werden können. Gazales Mann Ahmed war nach der Abschiebung seiner damals schwangeren Frau und der jüngsten Tochter allein mit zwei älteren Töchtern in Deutschland zurückgeblieben. Amina (16) und Nura (14) wuchsen ohne ihre Mutter zu Teenagern heran. Jetzt traf Ahmed seine Frau, seine Tochter Schams (9), die ihm einjährig entrissen worden war, endlich wieder. Seinen 7-jährigen Sohn Ghazi sah er zum ersten Mal.

Die Abschiebung der schwangeren Gazale mit ihrer einjährigen Tochter ohne ihren Mann und die beiden anderen Kinder war zum Sinnbild der schwarz-gelben Abschiebungspolitik in Niedersachsen unter Innenminister Schünemann (CDU) geworden.

Am Sonntag wurden Gazale, Schams und Ghazi vom neuen niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius (SPD), der mitten in der Nacht eigens zum Flughafen gereist war, empfangen: „Ich hoffe, dass es mir gelingt, solche Fälle in Zukunft auszuschließen. Jeder, der solche Entscheidungen fällt, sollte diese Bilder vor Augen haben." Wir werden ihn beim Wort nehmen.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 04.03.2013 ■

Niedersachsen: Kosten des Gutscheinsystems

In einer Information informiert der Flüchtlingsrat Niedersachsen darüber, dass der Landkreis Harburg für die Ausgabe von Wertgutscheinen allein für das Jahr 2013 mit zusätzlichen Kosten von 32 000 Euro kalkuliert. Der Flüchtlingsrat empfiehlt denjenigen, die mit Flüchtlingspolitik befasst sind, in Landkreisen und kreisfreien Städten nachzufragen, was die Kommunen an zusätzlichen Kosten für das Gutscheinsystem kalkuliert haben.

Da die neue Landesregierung die Umstellung auf Bargeldzahlungen erlaubt hat, können diese Nachfragen Druck erzeugen die Umstellung der Wertgutscheine auf Bargeldleistungen voran zu treiben. Dass die Umstellung aus menschenrechtlichen Aspekten sinnvoll ist, braucht nicht betont zu werden, aber die Kosteneinsparung könnte als zusätzliches Argument angeführt werden.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 08.03.2013 ■

Wende in der Asyl- und Flüchtlingspolitik?

Innenminister Boris Pistorius macht ernst und läutet Wende in der nds. Asyl- und Flüchtlingspolitik ein.

Kaum einen Monat im Amt und der erste Fahrplan für eine humanere Politik:

Wertgutscheinpraxis wird abgeschafft

Sind die Entscheidungsspielräume der Kommunen bereits vorhanden, so liegt es jetzt an den Kommunen, die Bargeldleistung auch zu ermöglichen. Eigentlich sollte sich keine Kommune den „Luxus" leisten, die teure Variante der Sachleistung beizubehalten. Die Kommunen müssen bekanntermaßen ja sparen. Erfreulich auch das deutliche Signal, Initiativen ergreifen zu wollen, das AsylbLG gänzlich abzuschaffen. Auch mit dem Beschluss des BVerfG sind ja Diskriminierung und Ausgrenzung nicht abgeschafft. Asylsuchende gehören als Leistungsbezieher/innen in das SGB II oder XII und müssen Zugang zu alle Leistungen/Hilfen haben, die ihnen ein Leben in Würde ermöglicht. Das schließt die Integrationsleistungen auf dem Arbeitsmarkt ein.

Änderung der Abschiebepolitik

Der Verzicht auf die „Abschiebung im Morgengrauen", die frühzeitige Bekanntgabe des Abschiebetermins, der absolute Vorrang einer freiwilligen Ausreise und der weitgehende Verzicht auf Abschiebungshaft sind deutliche Ansagen, das „Abschieberegime" menschenfreundlicher zu gestalten. Eine Abschiebung bleibt aber am Ende eine Zwangsmaßnahme. Es ist deshalb erfreulich, dass die individuelle Lebenssituation der Betroffenen zukünftig stärker als bisher zu berücksichtigen ist und damit die Abwägung öffentlicher und individueller Interessen auch gegen eine Abschiebung ausfallen kann.

Es wird nun darauf ankommen, dass Unterstützer/innen und Vertreter/innen der Flüchtlinge vor Ort aufmerksam beobachten, ob und wie dieser Paradigmenwechsel in den Ausländerbehörden umgesetzt wird. Der politische Wille ist da, die kommunale Umsetzung wird aber nicht ohne Unterstützung der Flüchtlingshilfe möglich sein.

Bleiberechtsregelung

Die Unterstützung der Hamburger Gesetzesinitiative ist ein wichtiger Schritt, eine stichtagsungebundene Bleiberechtsregelung im Aufenthaltsgesetz zu verankern. Nach einer möglichen Umsetzung dieses Entwurfs wird die Praxis aber zeigen, adss die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung zu hoch ist. Ein faktischer Ausschluss vom Arbeitsmarkt, sei es durch das einjährige oder ein ausländerrechtliches Arbeitsverbot oder der fehlende Zugang zu Arbeitsmarktinstrumenten und beruflichen Anpassungsmaßnahmen schaffen ähnliche Problemfelder, wie wir sie aus der Langzeitarbeitslosigkeit her kennen. Vor einer Abschaffung dieser restriktiven Arbeitsmarktpolitik sollte die Unterhaltssicherung deshalb an ein Bemühen und nicht an einen Nachweis gekoppelt sein. Darüber wird ggf. nach der Umsetzung der Initiative zu reden sein.

Reform der Härtefallkommission

Die Aussetzung aller Beratungen bis zu einer Novellierung der Verordnung sollte als Beleg gewertet werden, dass der „humanitäre Auftrag des Härtefallverfahrens" die zentrale Rolle in der VO spielen wird. Damit werden die Mitglieder der HFK frei(er) von juristischen Zwangsjacken und spitzfindigen Sachzwängen ihre Entscheidungen fällen können.

Fortsetzung von Seite 9 oben

an Franzosen vergeben. Eine andere Hälfte wollte hingegen keinen Unterschied zwischen Franzosen und Migranten machen. Im Mai 1998 war der Wert der ‚Nicht-Diskriminierungswilligen' jedoch auf jeweils 68 Prozent (Arbeitsplätze) bzw. 67 Prozent (Sozialeistungen, Kindergeld) gestiegen. Umgekehrt wollten nurmehr 31 Prozent (Arbeitsplätze) bzw. 30 Prozent (Wohnungen, Kindergeld) die Franzosen bevorzugen."

Unter dem Strich: Es bleibt dabei, dass auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die Anziehungskraft des Patentrezepts des FN für die Lösung sozialer Probleme – also die Einführung einer „Inländerbevorzugung" – abnimmt. Als soziales und wirtschaftliches Patentrezept scheint die Masche tatsächlich immer weniger zu ziehen.

BS, Paris ■

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen begrüßt diese umfassenden und deutlichen Maßnahmen, mit denen die Rückkehr zu einer humanen Flüchtlingspolitik ermöglicht wird. Es ist nun an der Zeit, diesen „neuen Geist“ in alle Ämter zu tragen.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 11.03.2013 ■

Neckar-Odenwaldkreis: Flüchtlinge fordern Bargeld statt Lagershop

In einem Brief haben sich Flüchtlinge an den Landrat Achim Brötel (CDU) gewendet, zur Umstellung der Sachleistungen auf die Auszahlung von Bargeld.

Seit August 2012 können die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg aufgrund der „Vorläufigen Anwendungshinweise“ des Integrationsministeriums zum Flüchtlingsaufnahmegesetz von Sachleistungen auf die Auszahlung von Bargeld umstellen. Bereits 13 Landkreise haben diesen Schritt vollzogen. Der Neckar-Odenwaldkreis gehört zu den Kreisen, die am bisherigen System der diskriminierenden Sachleistungen und an der Lagerunterbringung festhalten wollen.

Die Ausländerbehörde dieses Kreises verhängt auch weiterhin Leistungskürzungen nach § 1a AsylbLG. Das sog. Taschengeld (134 Euro monatlich bei erwachsenen Personen) wird gestrichen, wenn keine ausreichende Mitwirkung bei der Aufenthaltsbeendigung unterstellt wird. Mehrere Sozialgerichte haben diese Praxis in den vergangenen Monaten als nicht rechtmäßig verurteilt. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgericht zum Asylbewerberleistungsgesetz steht jedem Bedürftigen das Existenzminimum zu. Dieses darf nicht aus migrationspolitischen Erwägungen gekürzt werden.

Positiv ist, dass der Neckar-Odenwaldkreis seit Kurzem Nachzahlungen nach dem AsylbLG an Betroffene leistet. Im August 2012 hatten zahlreiche Betroffene Widerspruch gegen die bisherigen zu geringen Grundleistungen nach dem AsylbLG eingelegt. Da der Landkreis bis Juli 2012 keine Leistungsbescheide herausgegeben hat, stehen diesen Betroffenen nach den Maßgaben des Bundesverfassungsgerichtsurteils Nachzahlungen für den Zeitraum zwischen Jan. 2011 und Juli 2012 zu.

Quelle: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 01.03.2013 ■

Konstanz: Junger Rom Abschiebung verhindert

Am 5. März 2013 sollte der 29-jährige serbische Roma Zahid H. vom Baden-Airpark Karlsruhe aus nach Serbien abgeschoben werden. Dies berichtet das Aktionsbündnis Abschiebestopp aus Konstanz:

„Er lebt seit knapp zwei Jahren in der Konstanzer Sammelunterkunft. „Ich kann nicht zurück gehen“, erklärt uns Zahid H. Bevor er nach Deutschland geflohen ist, musste er sich über längere Zeit in Belgrad verstecken. Er wird von einer rassistischen serbischen Bande bedroht, weil er Roma ist. „Sie behandeln uns wie Nichts, wie Dreck“, erklärt der junge Mann auf Deutsch. Einmal sei er zur Polizei gegangen und habe um Schutz vor Angriffen gebeten, „da haben sie nur gesagt: Was willst du denn hier? Hau ab!“…[1)]

Am 28.2. und am 1.3 wurden die bisher gesammelten Unterschriften (über 1800!) an OB Burchardt und MdL Lehmann übergeben. Beide haben unser Anliegen positiv aufgenommen und sich beim Regierungspräsidium Karlsruhe und der Ausländerbehörde für Zahid eingesetzt. Die Unterschriftenaktion war erfolgreich!! Vielen Dank an alle Unterstützer_innen!

Das hat Wirkung gezeigt: die für den 5.3. angesetzte Abschiebung ist vom Tisch! [2)]

Quelle: 1)http://fluechtlingsrat-bw.de – 2) https://www.openpetition.de 01.03.2013 ■

Flüchtlingsfrauen fordern „Frauen und Kinder raus aus den Lagern!“

Am internationalen Frauentag, 08.03.2013 demonstrieren Flüchtlingsfrauen und ihre Unterstützerinnen und Unterstützer in Potsdam zum brandenburgischen Sozialministerium um menschenwürdiges Wohnen für Flüchtlingsfrauen und ihre Kinder einzufordern.

Die Flüchtlingsfrauenorganisation ‚Women in Exile‘ fordert seit langem das Recht auf Privatsphäre für Flüchtlingsfrauen in Brandenburg ein:

„Frauen in den sogenannten Gemeinschaftsunterkünften kämpfen dort um etwas, was wir dort nicht finden können: Ein Zuhause, ein sicherer Ort für uns und unsere Kinder.“ so Elisabeth Ngari, eine der Gründerinnen der Flüchtlingsfrauengruppe ‘Women in Exile’ . „Es ist unmöglich, die Lebensbedingungen in sogenannten Heimen so zu verbessern, dass sie zu annehmbaren Unterkünften werden.“

‚Women in Exile‘ kritisiert die Landesregierung, die trotz zahlreicher Lippenbekenntnisse offensichtlich wenig tut, um die Unterbringungssituation von Flüchtlingen in Brandenburg zu verbessern.

Seit dem Frühjahr 2011 macht Sozialminister Baaske immer neue Versprechungen und der Landtag immer neue Beschlüsse, die die Landesregierung auffordern, die Unterbringungssituation von Flüchtlingen menschenwürdiger zu gestalten. Aber nichts davon wird in die Realität umgesetzt:

Die Lager sind total überfüllt, die Wohnsituation ist katastrophal und die Enge führt zu enormen Belastungen und Spannungen unter den BewohnerInnen. Die ‚Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften‘, die seit April 20011 geändert werden sollen, gelten unverändert bis Ende 2013 fort. Und immer noch werden neue Sammelunterkünfte nach den gleichen Vorgaben eingerichtet.

Deshalb demonstriert ‚Women in Exile‘ gemeinsam mit anderen antirassistischen Initiativen vor dem Sozialministerium, um Minister Baaske an seine Versprechen zu erinnern und ihre Einlösung einzufordern.

Quelle: Pressemitteilung http://womeninexile.blogsport.de ■

Frauenflüchtlingskonferenz vom 19. bis 21. April in Hamburg

Flüchtlingsfrauen sagen: „Es reicht!“ – von der Flüchtlingsfrauenkonferenz zum Tribunal in Berlin

Liebe Freundinnen und Schwestern,

jede von uns trägt den Schmerz der Vergangenheit. Wir haben Armut, Elend, Krieg, politische Verfolgung, sexuelle Gewalt und Erniedrigung erlebt. Wir sind einen langen, beschwerlichen Weg gegangen und gemeinsam befinden wir uns hier in der Migration im Exil. In den letzten Jahren ist uns vermehrt aufgefallen, dass gerade in unserem selbstorganisierten Kampf von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten die Beteiligung von Frauen sehr gering ist. Gerade wir Frauen, die die meiste Ausgrenzung, Erniedrigung und Ausbeutung in ihrem (Flüchtlings-) Alltag erleben, sind kaum im Kampf um die Befreiung und um die Besserstellung unserer Lebenssituation aktiv beteiligt.

Der Frage nach der geringen Frauenbeteiligung sind wir auf dem Break Isolation Camp in Erfurt im Sommer 2012 nachgegangen. Frauen, die wir in den Flüchtlingslagern besucht haben, schilderten uns ihre Isolation, ihre Ausgrenzung und ihre Ängste sowie das Fehlen eines organisierten Kampfes von Flüchtlingsfrauen für ihre Rechte. Aus diesem Grund organisieren wir die erste Flüchtlingsfrauenkonferenz, zu der wir uns die folgende Frage stellen: Wie können wir uns noch stärker organisieren und für unser Recht auf politischen Widerstand eintreten? Gemeinsam möchten wir auf der Flüchtlingsfrauenkonferenz mit allen Frauen über die Situation in unseren Herkunftsländern, unsere spezifischen Migrations- und Fluchtgründe und über unser Leben hier in Deutschland mit allen sexistischen, rassistischen und ausgrenzenden Gesetzen diskutieren. Ziel der Konferenz ist die Bildung eines selbstorganisierten Frauenkampfes, der bei dem „internationalen Flüchtlingstribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland im

vereinten Kampf gegen das koloniale Unrecht“ im Juni 2013 in Berlin zum Ausdruck kommen soll. Zur Mobilisierung für die Flüchtlingsfrauenkonferenz treffen wir uns mit euch in den Isolationscamps, Lagern, Heimen, Gemeinschaftsunterkünften und mit Frauenbündnissen, die bereits mit der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen zusammen arbeiten, um gemeinsam mit euch über eure Situation zu sprechen und über die Flüchtlingsfrauenkonferenz zu informieren.

Quelle: Karawane für die Rechte der Flüchtlinge ■

„Smart Borders“: Kein Big Brother an Europas Grenzen

Die Europäische Kommission hat heute ihre Vorschläge zur elektronischen Überwachung von Reisenden vorgelegt. Das so genannte „smart borders“-Paket sieht vor, dass sich künftig alle EU-Ausländerinnen und -Ausländer bei Ein- und Ausreise in der EU mit Fingerabdrücken registrieren müssen. Die Kommission will außerdem ein spezielles Registrierungsprogramm einführen mit dem Vielreisende die Schlangen an den Sicherheitskontrollen umgehen können, wenn sie sich vorab von der EU durchleuchten lassen. Die Kosten für das Paket sind mit 1,1 Milliarden Euro veranschlagt.

Ska Keller, migrations- und grenzpolitische Sprecherin der Grünen/EFA im Europaparlament, kommentiert:

„Die Kommission sprengt mit ihrem Vorschlag alle Grenzen. ‚Smart Borders‘ ist der Einstieg in Big Brother an Europas Grenzen und die Kompletterfassung von Reisenden in die EU. Sie müssen sich nicht nur bei Ein- und Ausreise mit allen zehn Fingerabdrücken registrieren lassen, sondern auch bei Polizei- und Ausweiskontrollen innerhalb der EU. Das alles geht weit über das bisherige Maß an Grenzkontrollen in den Mitgliedsstaaten hinaus.

Dass die Kommission mit „Smart Borders“ Menschen ausfindig machen will, die sich länger in der EU aufhalten als es ihnen erlaubt ist, rechtfertigt noch längst keinen so weitreichenden Eingriff in die Datenschutzrechte von Reisenden. Wir brauchen keine weitere Datenkrake an den EU-Grenzen. Unerwünschte Drittstaatenangehörige können bereits jetzt identifiziert und abgewiesen werden.

Es bringt das Fass zum Überlaufen, dass die Kommission jetzt schon die Zweckentfremdung der Fingerabdruckdaten vorsieht. Die Datenbank soll so eingerichtet werden, dass der Polizeizugriff bei Ermittlungen darauf später möglich ist. EU-Ausländer werden damit in eine Ecke mit Verbrechern gestellt.“

Jan Philipp Albrecht, innen- und justizpolitischer Sprecher der Grünen/EFA im Europäischen Parlament, erklärt:

„Während im Haushalt der EU und ihrer Mitgliedstaaten gespart wird, was das Zeug hält, will die EU-Kommission per Smart Borders und Fluggastdatenanalyse Hunderte Millionen Euro in die Überwachung der Ein- und Ausreisenden investieren. Sie verprassen damit das Geld, das bei Polizei und Justiz vor Ort und der Zusammenarbeit via Europol und Eurojust schon heute fehlt. Das Europäische Parlament muss diese Pläne stoppen.

Ebenso wie das Ein- und Ausreiseregister greift auch die vermeintlich freiwillige Registrierung von Vielreisenden tief in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger der EU ein. Sie werden verdachtsunabhängig überwacht und diskriminiert, wenn sie auf ihre Grundrechte bestehen. Dabei wurde bislang bei weitem nicht belegt, dass solche Massendatenspeicherungen tatsächliche Zusatzgewinne für Sicherheit und Ermittlungen bieten.“

Quelle: Pressemitteilung Jesuitenflüchtlingsrat Brüssel, 28.02.2013 ■

DGB-Jugend gegen Antimuslimischen Rassismus

Die DGB-Jugend hat vor kurzem einen Informationsflyer zum Thema „Antimuslimischer Rassismus“ veröffentlicht. Rassismus gegenüber Muslimen hat sich seit dem 11. September 2001 in Deutschland deutlich verstärkt. Was bei Rassismus oder generell zu beobachten ist – ein Ankommen in der Mitte der Gesellschaft – gilt hier besonders: „Der Anstieg antimuslimischer Ressentiments vollzieht sich nicht am vermeintlich rechten Rand der Gesellschaft, sondern mittendrin – insbesondere bei Personen mit höheren Einkommen.

Auch eine höhere Bildung oder politisch eher linke Positionen wirken islamfeindlichen Vorurteilen kaum entgegen.“ Dies ergibt sich aus einer Studie, die Ende 2011 an der Universität Bielefeld veröffentlicht wurde. So wird dem Islam ohne auf seine vielfältigen Ausprägungen zu blicken per se Rückständigkeit unterstellt. Dem gegenüber steht dann die vermeintliche Moderne und Aufgeklärtheit (christlich-) westlicher Gesellschaften.

Dieser Gegensatz „Wir“ und „das Andere“ – was auch Gut und Böse gleichkommt – ist auch dann ein typisches Merkmal für rassistische Stereotypen, wenn es mit Bezug auf Menschenrechte unterfüttert wird. Vor diesem Hintergrund klärt der Infoflyer auf, informiert und gibt Argumente an die Hand, wie auf Vorurteile reagiert werden kann. Und natürlich kommen auch Kolleginnen und Kollegen zu Wort, die – mal mehr, mal weniger gläubig – einen muslimischen Hintergrund haben.

Das achtseitige Informationsfaltblatt im Format DIN A4 kann im Internet heruntergeladen werden unter http://www2.dgb-jugend.de/ dgb_jugend/broschueren

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Februar 2013“ ■

Fairbleib: Integrationspreis für Ausbildung

Am vergangenen Donnerstag hat „Fair-Bleib Südniedersachsen” in Göttingen einen „Integrationspreis„ an einen Ausbilder und seinen Auszubildenden verliehen. Der zukünftige Tischlergeselle Milos Illic kam im Alter von 10 Jahren zusammen mit seiner Familie als Flüchtling aus dem Kosovo nach Deutschland. Wie viele andere Flüchtlinge ging er wegen anfänglicher Probleme auf eine Förderschule. Nach der 9. Klasse besuchte Milos die Berufsbildende Schule II in Göttingen und startete ein Praktikum in der Tischlerei Christian Baur in Groß Schneen. Trotz vieler familiärer Schicksalsschläge, des schwierigen Umgangs mit den Behörden, einer Aufforderung zur Ausreise und der prekären Wohnsituation schaffte Milos Ilic das erste Ausbildungsjahr.

Nach diesem Abschluss bot Christian Baur ihm einen Ausbildungsplatz zum Tischlergesellen an – obwohl er wegen des unsicheren Aufenthaltsstatus riskierte, den eingearbeiteten Mitarbeiter schnell wieder zu verlieren – und unterstützte ihn in vielen Lebenslagen, etwa bei der Fahrt zur Ausländerbehörde, um monatlich seine Duldung zu verlängern.

Milos hat am 28.02.2013 seine Ausbildung erfolgreich abgeschlossen und arbeitet nun als Tischlergeselle weiter für Christian Baur. Auch einen dauerhaften Aufenthaltstitel hat er inzwischen erhalten.

Christina Hammer, Koordinatorin des Projekts, sieht in dem Fall ein gutes Beispiel für andere, junge Flüchtlinge, die ausbildungsplatzsuchend sind und bisher oft an den Problemen und Hindernissen im Zusammenhang mit ihrem Aufenthaltsstatus scheitern: „Viele Unternehmer aus der Region sind bereit, jungen Menschen eine Chance zu bieten. Sie zu nutzen erfordert lediglich Fleiß, Zuverlässigkeit und die Offenheit, über die eigenen Probleme zu sprechen.“

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 07.03.2013 ■

Landessozialgericht Bayern – AsylbLG: Kürzung oder Streichung unzulässig

Kürzung oder Streichung des Taschengeldes für Flüchtlinge derzeit nicht zulässig / Sozialministerin Haderthauer muss Sozialämter entsprechend anweisen

Mit einem Paukenschlag hat das bayerische Landessozialgericht (LSG) die Praxis der bayerischen Sozialämter beendet, Flüchtlingen das soziokulturelle Existenzminimum, das so genannte Taschengeld, zu kürzen oder ganz zu streichen. Das soziokulturelle Existenzminimum ist Teil des verfassungsrechtlichen Anspruchs auf ein menschenwürdiges Existenzmini-

mum, das das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) am 18.07.2012 uneingeschränkt auch Flüchtlingen zugesprochen hat. Da dieses Existenzminimum nicht migrationspolitisch relativiert werden dürfe, sei die derzeitige Sanktionspraxis der Sozialämter nicht aufrechtzuerhalten.

„Wir freuen uns, dass das Landessozialgericht der langjährigen Praxis bayerischer Sozialämter ein abruptes Ende bereitet hat, Flüchtlingen über Jahre hinweg das soziokulturelle Existenzminimum zu kürzen oder ganz zu streichen“, kommentiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. „Das bayerische Landessozialgericht hat eindeutig festgestellt, dass die Sanktionen nach dem Urteil des BVerfG zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr aufrechterhalten werden dürfen. Sozialministerin Christine Haderthauer muss darauf reagieren und die menschenunwürdige Sanktionspraxis sofort beenden! Wir fordern von ihr eine Weisung an die bayerischen Sozialämter, alle Sanktionen rückwirkend zum 18.07.2012 von Amts wegen aufzuheben. Ansonsten müssen die betroffenen Flüchtlinge, die womöglich den Gerichtsbeschluss nicht einmal kennen, selbst mit ihren jeweiligen Sachbearbeitern diskutieren, um die ihnen vorenthaltenen Sozialleitungen zu erhalten.“

Quelle: Bayerischer Flüchtlingsrat 08.03.2013 ■

Residenzpflicht gelockert, aber nicht locker

Pro Asyl und der Flüchtlingsrat Brandenburg legten am 4. Februar 2013 eine Studie mit dem Titel „Die neuen Formen der Residenzpflicht“ vor. Sie gibt einen Überblick über die einzelnen Landesregelungen.

Die Residenzpflicht, die Asylsuchende und Geduldete in einem bestimmten Landkreis oder einer Stadt festhält, wurde in den letzten Jahren in vielen Bundesländern gelockert. Mittlerweile haben elf Bundesländer den Aufenthaltsbereich der Betroffenen auf das entsprechende Bundesland erweitert. Doch bleibt die Regelung, laut Pro Asyl, vielerorts „kleinlich und widersprüchlich“. Lediglich innerhalb Mecklenburg- Vorpommerns gilt die Bewegungsfreiheit uneingeschränkt. In allen anderen Bundesländern können die Ausländerbehörden weiterhin den Bewegungsradius der Betroffenen einschränken.

„So wurde die Residenzpflicht in vielen Bundesländern von einer pauschalen Schikane für alle Asylsuchenden und Geduldete in eine individuell verhängbare Sanktionsmöglichkeit umgewandelt“, beurteilt Pro Asyl die neuen Regelungen.

Kay Wendel vom Flüchtlingsrat Brandenburg, der die Studie erstellt hat, kritisiert, dass man ein Menschenrecht nicht dadurch verwirkt, dass man Ladendiebstahl begeht oder in der subjektiven Beurteilung eines Beamten seiner Mitwirkungspflicht nicht nachkomme, denn in Artikel 13 der UN-Menschenrechtskonvention heißt es: „Jeder Mensch hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen.“ Ein vergeblicher Verstoß gegen die Mitwirkungspflicht ist übrigens der häufigste Grund für einen Ausschluss der Lockerung.

Quelle: Publikation „Forum Migration März 2013“ ■

Wo der Wachschutz regiert

Protestierende Flüchtlinge aus Berlin tragen ihren Protest durch die Republik und besuchen dabei Flüchtlingslager in ganz Deutschland. In Köln wurden sie vom dortigen Wachschutz abgewiesen – und anschließend von Polizisten geschlagen. Ein Beispiel für die Entmündigung von Flüchtlingen durch das Lager-Prinzip.

Wer in einer Wohnung lebt, kann an der Wohnungstür entscheiden, ob er einen Besucher einlassen will, ob er an der Türe mit ihm spricht oder ihn auch abweist. Wer in einem Sammellager zu leben gezwungen wird, kann das meist nicht – oft entscheidet dort der Wachschutz, wer hineindarf, um mit den Bewohnerinnen und Bewohnern zu sprechen.

Wie in den meisten Lagern regiert auch in der städtischen Asylunterkunft Köln-Ehrenfeld das Prinzip Wachschutz. Als dort am Sonntag die Flüchtlingsaktivisten aus Berlin die Unterkunft in Ehrenfeld betraten, um Flyer zu verteilen und auf eine für den Abend angemeldete Demonstration vor dem Hauptbahnhof aufmerksam zu machen, rief der Wachmann des privaten Sicherheitsdienstes die Polizei – wegen angeblichen „Hausfriedensbruchs“.

Als die Polizei anrückte und die Personalien der Besucher kontrollieren wollte, kam es zu Auseinandersetzungen. Die Folge: Ein Polizeieinsatz mit Schlagstöcken, Pfefferspray und Hundestaffel, 19 Festnahmen, mehrere Verletzte. „Geprüft werden sollte, ob Haftgründe wegen Haus- oder Landfriedensbruch vorlagen“, heißt es zum Zweck des Einsatzes in der Kölner Rundschau.

Flüchtlinge, die andere Flüchtlinge aufsuchen, um sie zu einer angemeldeten Kundgebung einzuladen – das ist offenbar eine Provokation für Polizei und städtische Behörden: Die Stadt Köln verweist der Kölner Rundschau zufolge auf ihr Hausrecht. Besuchsaktionen in diesem Umfang seien „nicht vom Individualbesuchsrecht der Flüchtlinge in den Unterkünften gedeckt.“

Bereits am Freitag war es in Karlsruhe zu einem Polizeieinsatz gegen Aktivistinnen und Aktivisten der Refugees-Revolution-Bustour gekommen. Nach einem Besuch in der Landesaufnahmestelle in Karlsruhe hatte die Gruppe kurzzeitig eine Straße blockiert. Die Polizei ging gegen die Demonstranten mit Hunden, Schlagstöcken und Pfefferspray vor.

Quelle: http://www.proasyl.de 12,03.2013 ■

Osteuropäer – Keine EU-Bürger 2. Klasse

Diakonie: Gleichbehandlung

Berlin. In der aktuellen Diskussion um die Zuwanderung aus Südosteuropa ruft die Diakonie Deutschland zu Besonnenheit auf. „Die Freizügigkeit innerhalb der EU ist ein hohes Gut. Sie darf im Wahlkampf nicht parteipolitischem Kalkül geopfert werden. Die derzeitige Polemik gegen die Zuwanderer gefährdet den sozialen Frieden“, so Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland.

Die Diakonie Deutschland unterstützt nachdrücklich die Empfehlung der Bundesratsausschüsse Europa sowie Arbeit und Soziales, Kroaten mit dem EU- Beitritt am 1. Juli 2013 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit zu gewähren. Denn dieser Schritt verhindert, dass sie in ähnlich prekäre Lebenssituationen geraten wie aktuell Rumänen und Bulgaren. „Die EU-Erweiterung öffnet für die deutsche Privatwirtschaft neue Märkte. Im Gegenzug müssen alle EU-Bürgerinnen und -Bürger von Anfang an gleichberechtigt ihre Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt nutzen können. Es darf keine EU- Bürger 2. Klasse geben“, so Loheide weiter.

Eine Arbeitserlaubnispflicht für sozialversicherungspflichtige Jobs, wie sie nach den Plänen der Bundesregierung vorgesehen ist, verursacht nicht nur einen erheblichen bürokratischen Aufwand, sondern führt praktisch zu einem Arbeitsverbot. Deutschland wird als Zielland unattraktiv. Osteuropäische EU- Bürgerinnen und Bürger werden durch diese Vorgaben in die Scheinselbstständigkeit oder in prekäre Formen der Erwerbstätigkeit gezwungen.

Rumänen und Bulgaren haben in Deutschland noch bis zum 31.12.2013 nur einen eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Der ihnen zustehende Anspruch auf Sozialleistungen wird ihnen oftmals verwehrt.

Meist besteht auch kein ausreichender Krankenversicherungsschutz. Viele Zugewanderte und ihre Familien leben deshalb in prekären Situationen, häufig auch ohne Wohnung.

Deutlich kritisiert Loheide in diesem Zusammenhang, dass EU-Bürger in Deutschland keine Hartz-IV-Leistungen erhalten. „Dies ist in der derzeitigen Form europarechtswidrig. Hier müssen die Gerichte und der Gesetzgeber Klarheit schaffen“, fordert sie.

In der ganzen Diskussion wird aber schnell übersehen, dass viele gut ausge-

bildete Menschen und Studenten nach Deutschland kommen, die angesichts des Fachkräftemangels dringend gebraucht werden. Es gibt nicht nur Armutszuwanderung.

Quelle: Pressemitteilung Diakonie Deutschland 01.03.2013 ■

Kirchen fordern unbürokratische Aufnahme syrischer Flüchtlinge

Der Vorsitzende der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Norbert Trelle, und der Vorsitzende der Kammer für Migration und Integration der Evangelischen Kirche in Deutschland, Kirchenpräsident Dr. Volker Jung, haben den Einsatz der vielen Frauen gewürdigt, die sich in Deutschland und weltweit für den heutigen ökumenischen Weltgebetstag der Frauen engagieren.

Kirchenpräsident Jung und Bischof Trelle hoben das Motto des diesjährigen Weltgebetstags hervor: Ich war fremd – ihr habt mich aufgenommen. „Aus diesem kurzen Satz spricht das Grenzen überschreitende Vermächtnis Jesu. Die Solidarität mit Fremden und insbesondere mit Flüchtlingen durchzieht die gesamte Bibel. Kein Gebot wird darin so oft wiederholt, wie das, den Fremden, den Schutzsuchenden aufzunehmen“, so Kirchenpräsident Jung. „Angesichts von weltweit 43 Millionen Menschen auf der Flucht erinnert dieses Motto an eine der größten Herausforderungen unserer Zeit: die Aufnahme und den Schutz von Flüchtlingen“, ergänzt Bischof Trelle.

„In diesem Jahr beten wir für alle Menschen auf der Flucht vor Krieg und Gewalt. Wir denken dabei vor allem an die Menschen aus Syrien – Männer, Frauen und Kinder, die unter der Gewalt im Land leiden oder bereits davor geflohen sind. Ihnen gehört unser Mitgefühl, wir bringen ihr Leid vor Gottes Angesicht“, so Bischof Trelle. Über 850 000 Menschen seien bereits aufgrund der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und oppositionellen Kräften in die angrenzenden Länder geflohen. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen seien fast 80 Prozent dieser Flüchtlinge Frauen und Kinder, die in solchen Krisen besonders schutzbedürftig sind. In dieser Situation komme der Unterstützung durch die Familie große Bedeutung zu, weshalb auch viele Flüchtlinge bereits bei Verwandten in der Region Zuflucht suchten, erläutert Kirchenpräsident Jung. Auch unter in Deutschland lebenden Syrern bestehe eine große Bereitschaft, Verwandten zu helfen und sie bei sich aufzunehmen.

Derzeit ist es aber für hier lebende Syrer so gut wie unmöglich, Angehörige zu sich zu holen. Beide Kirchen kritisieren schon seit geraumer Zeit die hohen Anforderungen an den Familiennachzug oder seinen vollständigen Ausschluss für viele Menschen, die aus humanitären Gründen hier leben. Um den syrischen Familien in der jetzigen Situation schnelle und unbürokratische Hilfe zukommen zu lassen, regen die beiden Geistlichen an, eine Aufnahme von Angehörigen gegebenenfalls auch außerhalb des regulären Familiennachzugsverfahrens zu ermöglichen. Das könne beispielsweise im Wege eines Kontingents erfolgen. „Ein solcher Schritt wäre nicht nur für die Betroffenen ein Ausweg aus der katastrophalen Situation, sondern auch ein Akt praktischer Solidarität mit den Nachbarstaaten Syriens, der über die finanzielle Hilfe hinausgehen würde, wie sie von der Bundesregierung bereits großzügig vor Ort geleistet wird“, erklärte Kirchenpräsident Jung.

Quelle: EKD-Pressemitteilung Nr. 30/2013 01.03.2013 ■

Kurdistan-Volkshaus: Polizeiliche Willkürmaßnahme

HANNOVER. Mit einer völlig überzogenen Maßnahme überfiel die Polizei Braunschweig mit mindestens 5 Mannschaftswagen und diversen Einsatzbeamte in Zivil am Sonntag, den 10.03.2013 gegen 11:00 Uhr das Kurdistan Volkshaus Hannover e.V. in der Nikolaistraße. Die Durchsuchung fand auf Beschluss des Amtsgerichts Lüneburg statt mit der fadenscheinigen Begründung des Verdachts des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz.

Die beiden Vorsitzenden äußerten: „Das Eindringen der Polizisten ist in keinem zumutbaren Verhältnis und war total überzogen und verbreitete im ersten Augenblick Angst und Schrecken“.

Die Durchsuchung richtete sich gegen eine Person, die gelegentlich den Verein besucht haben sollte, jedoch wurden alle Anwesenden Personen durchsucht und mussten sich ausweisen, sowie filmen und fotografieren lassen.

Die Polizei beschlagnahmte zunächst verschiedene Magazine, wie das Kurdistan-Report, welches seit Jahrzehnten in ganz Deutschland zu kaufen gibt. Außerdem wurden Bücher die u.a. im Handel erhältlich sind beschlagnahmt, darunter von Abdullah Öcalan, Exemplare des von junge Welt-Autor Nick Brauns und Brigitte Kiechle verfassten »PKK – Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes« und der neu erschienenen Broschüre »Widerstand und gelebte Utopien«, die u.a. ein Interview mit der im Januar in Paris ermordeten PKK-Mitbegründerin Sakine Cansiz enthält. Ihr Vorgehen begründeten die Beamten mit der Aussage „Die Bücher sind verboten, Da steht PKK drauf“.

Diese Razzia hat noch einmal die Zusammenarbeit der deutsch-türkischen Polizei im Kampf gegen die kurdische Freiheitsbewegung unterstrichen. Unser Verein in Hannover wurde in der Vergangenheit des Öfteren Opfer deutscher Polizeigewalt. Diese Razzia hat keine juristische oder legale Grundlage. Die Vorgehensweise einiger Polizeibeamte zeigt, dass Sie den Friedensprozess zwischen der Türkei und der PKK sowie mit Abdullah Öcalan nicht befürworten und diese mit ihrer Art und Weise bei der „politisch gerichteten“ Razzia beschädigen wollen.

Es bestehen erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser polizeilichen Aktion, die sich einreiht in eine Anzahl weiterer Repressionsmaßnahmen gegen das Kurdistan-Volkshaus in Hannover in den letzten Jahren u.a.:

a.. Nicht-Bewilligung von Projektförderung seitens der Stadt Hannover und des Landes unter der Begründung, auch „Anhänger der PKK“ würden den Verein nutzen, oder der „mehrfachen Erwähnung im Verfassungsschutzbericht seit 2008 des Landes Niedersachen“.

b.. Individuelle Hausbesuche der Polizei bei kurdischen Familien in Niedersachsen mit der Aufforderung sich vom Verein zu distanzieren und dem Ziel der Einschüchterung.

c.. Besuche der Polizei bei Institutionen und Vereinen, die in Zusammenarbeit mit dem Kurdistan-Volkshaus stehen, mit der Aufforderung diese einzustellen.

d.. Permanente und sichtbare Observation der Räumlichkeiten des Vereins und namentliche Ansprache von Besuchern mit anschließender Ausweiskontrolle sowie Anwerbeversuche, wie bei K.H., der vor einigen Tagen in Hannover (Lehrte) von Polizeibeamten an einem unbekannten Ort mitgenommen wurde, wo er in Anwesenheit mehrerer Polizisten und einem Dolmetscher u.a. sowohl Geld als auch Alkohol und Drogen angeboten bekommen hat aber dafür als Gegenleistung Informationen beschaffen soll.

Der Vorstand des Kurdistan Volkshaus e.V. (Mala Gel) bezweifelt die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen und fragt nach dem demokratischen Verständnis dahinter. Die seit Jahren verstärkten Bemühungen um Integration scheinen lediglich mit staatlicher Diskriminierung beantwortet zu werden. Der Verein bleibt jedoch nach wie vor offen für alle Personen und wird sich auch weiterhin um die Zusammenarbeit mit verschiedensten Institutionen bemühen. Des Weiteren und vor allem fordern wir eine sofortige Stellungnahme und Begründung des Innenministeriums von Niedersachsen zu diesen willkürlichen Maßnahmen gegenüber unserem Vereinshaus in Hannover und die Überprüfung der Fähigkeiten einiger anwesenden Polizeibeamten.

YEK-KOM e.V. / Düsseldorf, 11.03.2013

■

Die ‚Deutsche Stimme' der ‚Jungen Freiheit'

Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten Edition DISS Bd. 23, Februar 2013, ISBN 978-3-89771-752-7, UNRAST Verlag, Münster, 329 Seiten, 28 EUR

Helmut Kellershohn analysiert darin die Kernideologeme der aktuellen NPD-Programmatik, wobei die Programme von 1996 und 2010 im Mittelpunkt stehen, zudem einige weitere offiziöse Dokumente.

Der Autor kommt als Ergebnis seiner Analyse u.a. zu der Einschätzung:

[...] Man kann das Programm von 2010 als eine Erweiterung, Vertiefung und Zuspitzung des Programms 1997 betrachte. Erweiterung insofern, als neue Politikbereiche (wie z.B. Gesundheits- und Rentenpolitik), neue thematische Schwerpunkte der politischen Debatte in den letzten Jahren (z.B. Islamisierung) sowie neue Begriffe (z.B.

Schuldkult) einbezogen werden; Vertiefung insofern, als der Bereich der Wirtschaft sehr viel intensiver bearbeitet wird; und Zuspitzung insofern, als die NS-Bezüge stärker in den Vordergrund gestellt werden. [...]

Gleichwohl halten wir eine eindeutige Charakterisierung der NPD-Programmatik – einschließlich des neuen Programms – als (neo-)nationalsozialistisch für unzureichend. Die nationalsozialistische Lesart des völkischen Nationalismus ist zwar zweifellos dominant, eine eindeutige Zuordnung verkennt aber, unabhängig davon, ob es sich um taktisch motivierte Zugeständnisse respektive Anleihen handelt oder nicht, dass es Berührungspunkte sowohl mit der nationalrevolutionären Neuen Rechten als auch mit der jungkonservativen Neuen Rechten gibt. Das erstere versteht sich insofern, als die Erneuerung bzw. Radikalisierung der NPD in den 90er Jahren gerade über das Eindringen nationalrevolutionärer Impulse in die Programmatik erfolgte. [...]

Insofern verleitet die Charakterisierung der NPD-Programmatik als nationalsozialistisch dazu, der NPD eine ideologische Randständigkeit zuzuweisen, die keineswegs der ideologischen Beweglichkeit Rechnung trägt, um die sich die NPD durchaus bemüht. Letztes Beispiel: Die NPD übernimmt in ihrem Programm von 2010 den Begriff des „Vorbürgerkriegs" aus dem jungkonservativen Institut für Staatspolitik. Geprägt wurde er

2007 von Götz Kubitschek, um eine Situation zu charakterisieren, in der die „Bruchlinien" (Kubitschek 2007, 11) einer multikulturellen Gesellschaft noch nicht offen zu Tage getreten sind: „Wem sein Vaterland lieb ist, muß den Vorbürgerkrieg gewinnen, bevor er unbeherrschbar wird.

[…] dieser Krieg [ist] neben dem handfesten, die Polizei und jeder Angegriffene auf der Straße und in seinem Viertel auszufechten hat, vor allem ein geistiger Bürgerkrieg gegen die Lobbyisten der Zersetzung […]."(Ebd, 17)

Das klingt wie ein Bündnisangebot an die Freien Kameradschaften und Autonomen Nationalisten in ihrem „Kampf um die Straße" und wird im NPD-Parteiprogramm von 2010 dankbar aufgegriffen: „Deutschland befindet sich schon längst im Zustand eines Vorbürgerkriegs, der den Deutschen durch die Einführung einer ‚multikulturellen' Gesellschaft aufgezwungen wurde. Deshalb wird Deutschland nicht in aller Welt, sondern in seinen Großstädten verteidigt."

Den vollständigen Text des Buchbeitrags finden Sie hier: DISS Online-Bibliothek – Der völkische Nationalismus der NPD http://www.disskursiv.de/2013/03/13/im-volltext-der-volkische-nationalismus-der-npd/

Dieser Text macht Sie, liebe Leserin, lieber Leser, hoffentlich neugierig auf das komplette Buch. Sie können es in jeder guten Buchhandlung bestellen oder direkt beziehen über den Unrast-Verlag.

Martin Dietzsch (DISS)

Broschüre gegen rechte Hetze

Die rechtspopulistische Splitterpartei „pro NRW" führt zurzeit eine Demonstrationstour durch Nordrhein-Westfalen durch, die sich gegen Migranten und Asylbewerber richtet. Dabei nimmt die „pro NRW" die öffentliche Debatte über den Anstieg der Zuwanderungszahlen besonders aus den EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien zum Anlass, um Stimmung zu machen gegen alle Migranten und Asylbewerber.

Bar jeglicher realer Grundlagen versucht die rechtspopulistische „Bürgerbewegung PRO NRW" sich als „Anwalt" der Interessen einheimischer Bevölkerungsteile gegenüber den Asylsuchenden zu inszenieren.

Es ist zu befürchten, dass politische Kampagnen gegen Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber im bevorstehenden Bundestagswahlkampf sowie den nächsten Kommunalwahlen in NRW an Gewicht gewinnen können. Das nehmen wir, der Landesintegrationsrat NRW, nicht tatenlos hin. Deshalb haben wir den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus der Fachhochschule Düsseldorf gebeten, über die Hintergründe rechter Hetze gegen Flüchtlinge und Asylbewerber aufzuklären.

Der Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen will mit der nun vorliegenden Handreichung die Hintergründe dieser rechten Kampagne und dieses Rechtspopulismus in komprimierter und allgemeinverständlicher Form erläutern. Sie dient zur Orientierung für kommunale Integrationsräte und -ausschüsse, zivilgesellschaftliche und kommunalpolitische Akteure sowie lokale Medien im Umgang mit dieser rechtspopulistischen „Bürgerbewegung". Sie steht als Download auf unserer Internetseite zur Verfügung.

http://www.landesintegrationsrat-nrw.de/data/broschre_gegen_rechte_hetze.pdf

Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen

www.landesintegrationsrat-nrw.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Bundespräsident Gauck: Eine rechte Enttäuschung

Über ZUERST! gibt es eine Menge zu sagen (und das geschieht an dieser Stelle der AN auch regelmäßig) – einen Vorwurf kann man den Machern des Magazins allerdings nicht machen: dass sie versuchen würden, die Menschen durch die Gestaltung der Titelbilder über ihre rechte Gesinnung zu täuschen. Im Gegenteil, bereits die erste Seite macht allen Betrachter(inne)n regelmäßig unmissverständlich klar, wie die Ausrichtung des Blattes ist. Auch der Märztitel lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Präsident Larifari – Beliebigkeit auf hohem Niveau" wird da getitelt, unterlegt mit einem Bild des Bundespräsidenten, der, offenbar bestens aufgelegt, einen Plüschbären mit Polizeiuniform präsentiert.

Antifaschist(inn)en reiben sich verwundert die Augen: Erfüllt der Präsident, der ein sozialdemokratisches Parteibuch mit nationaler Gesinnung verbindet, notorischer Antikommunist ist und Bundeswehrsoldaten öffentlich zu mehr Bereitschaft zum Sterben aufrief nicht alle Bedingungen, ein Liebling der deutschen Rechten zu sein? „Tatsächlich entwickelte der am 24. Januar 1940 in Rostock geborene Joachim schon als Kind eine tiefe Abneigung gegen die sowjetische Besatzung und das spätere SED-Regime. Der Vater des Jungen, der Kapitän Joachim Gauck senior, war ebenso wie Gaucks Mutter Mitglied der NSDAP, exponierte sich jedoch weder in der Partei noch während des Krieges".

Tatsächlich sahen rechte Publizisten im heutigen Bundespräsidenten einen Hoffnungsträger: „Das hatten sich Konservative noch ganz anders vorgestellt, als der frühere Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde im Februar 2012 als Kandidat für das höchste Staatsamt nominiert wurde. ‚Joachim Gauck wird ein guter Bundespräsident', betitelte Dieter Stein einen Meinungsbeitrag in der Berliner Wochenzeitung Junge Freiheit. Stein war sich sicher: ‚Wir werden mit Ihm positive Überraschungen erleben!'. In der Zuwanderungsfrage seien von Gauck nüchterne Äußerungen bekannt, und er habe an die Politik appelliert, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Für Konservative spielte bei ihrer Einschätzung vor allem auch die Biographie des Kandidaten eine Rolle. Der evangelische Theologe gilt als strikter Antikommunist. Und im Gegensatz zur Bundeskanzlerin habe Joachim Gauck ‚schon vor dem Mauerfall den Einsatz für die Freiheit gewagt und als Bürgerrechtler gegen die Diktatur gekämpft', so Dieter Stein".

Doch der Bundespräsident erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen der äußersten Rechten nicht oder nicht ausreichend: „Vielmehr scheint die Enttäuschung auch darüber groß gewesen zu sein, daß Joachim Gauck mit den Inhalten seiner Ansprache verdeutlicht hat, daß er eben nicht das ‚Korrektiv' der Regierungspolitik ist. So merkte der Bundespräsident nicht nur an, die Europäische Union habe zu Recht den Friedensnobelpreis erhalten … Ganz besonders aber liegt ihm am Herzen, daß noch mehr Fremde nach Deutschland kommen und sich hier auch richtig wohlfühlen.… Gut drei Wochen später bediente sich Gauck gegenüber Mitarbeitern des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg abermals aus dem rot-grünen Parolen-Baukasten.… Stattdessen besuchte Joachim Gauck im Dezember 2012 erstmals in seinem Leben ein Asylbewerberheim. … Doch wie sieht es mit der Empathie und Sensibilität von Joachim Gauck selbst aus? Zum Beispiel gegenüber Landsleuten, die im Gegensatz zu zahlreichen Asyltouristen tatsächlich ein tragisches und schweres Schicksal zu erleiden hatten wie die deutschen Heimatvertriebenen? Bei seinem Antrittsbesuch in Polen war das offenbar kein Thema.… Und wie sieht es mit Gaucks Dauerthema ‚Freiheit' aus? Hat er sich je für die Freilassung des letzten Gefangenen des Zweiten Weltkriegs, Erich Priebke, eingesetzt, der – fast 100 Jahre alt – immer noch in Italien unter Hausarrest steht? Davon ist nichts bekannt." Soweit eine kleine Sammlung enttäuschter Hoffnungen.

Auch PETER HELMES, früher u.a. Bundesgeschäftsführer der Jungen Union und heute offenbar ein CDU-Rechtsaußen, ist von „Joachim Gauck ...wirklich enttäuscht". „Er schwankt hin und her, redet denen oder jenen nach dem Mund.… Es scheint so, als wolle er nicht Bundespräsident der Deutschen sein, sondern der bestimmter Klientelgruppen. Er kommt einem so vor, wie ein astreiner rot-grüner Präsident". Und dann der härteste Vorwurf: „Daran merkt man, daß er vielleicht doch viel mehr von der DDR geprägt ist, als man wahrhaben wollte". Der Bundespräsident als späte Rache Erich Honeckers!

GÜNTER MASCHKE, rechter Ideologe und immer mal wieder Interviewpartner von ZUERST! sieht das Problem nicht in erster Linie bei dem Ex-Pastoren Joachim Gauck sondern in der Haltung der evangelischen Kirche: „Sobald Theologie zeitgemäß sein will – und das will sie ja heute – löst sie sich in einem diffusen Humanitarismus auf. Das kann man an Gauck sehr gut beobachten. … Der Protestantismus war früher in vielen Dingen schärfer als die katholische Kirche. Heute sieht man die Auflösung des Protestantismus in der Humanität und auch im Abschied von der Nation. Wir sind eben keine Pastorenrepublik sondern ein Staat, in dem der zerstörte und deformierte Protestantismus sein freches Haupt erhebt".

Da ist es doch gut, so ZUERST!-Chefredakteur MANUEL OCHSENREITER, dass es auch kirchliche Spitzenfunktionäre gibt, die aus anderem Holz geschnitzt sind: „Was bleibt von dem deutschen Papst? Was wird als Vermächtnis seiner Amtszeit die Zeiten überdauern? An erster Stelle muß hier wohl genannt werden, daß Benedikt bis zum Schluß vor einer ‚Diktatur des Relativismus' warnte. Beliebigkeit war ihm ein Greuel. Reform bedeutete ihm nicht ein fortwährende Anpassung des Glaubens an den jeweiligen Zeitgeist, sondern im Gegenteil die Rückkehr von den Ab- und Irrwegen zu den Wurzeln, den Urgründen der Tradition.… Von Papst Benedikt XVI. Bleibt etwas, das in dieser Welt der Beliebigkeit und des Opportunismus als eine vom Aussterben bedrohte Charaktereigenschaft erscheint: unbedingte Prinzipientreue. Um das anzuerkennen, muß man nicht Katholik sein. In diesem Vorbild liegt sein Vermächtnis". Man kann sich seine Lobredner nicht immer aussuchen. Es sollte allerdings zu denken geben, wenn die Politik des zurückgetretenen Papstes so anschlussfähig für die äußerste Rechte zu sein scheint. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507